

für Südtirol

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Bezugspreis: Die „Wollswaſt“ erſcheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hütstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Wollswaſt“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeſchäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Ausländer zu beſchaffen. — Bezugspreis im vorraus zu entrichten wöchentlich 4,0 Goldmark, monatlich 17,0 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagssort und Hauptrichtstelle Dresden 2
Schriftred.-Anschrift: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Rkto: Postschet-Amt Dresden Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Zeitungsausgabe für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 pf. Stellenangebote 10 pf. Familienanzeigen, Stellengejagte, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 pf., das jelle Wort 4 pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Glacisstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

„Voraussetzungen der Räumung“.

Die Entwaffnungsnote übergeben.

Die deutsch-nationale Regierungspartei in Wengen.
Am Donnerstag mitten, wurde dem Reichskanzler Dr. Luther, die seit Wochen angekündigte Kollektivnote der Alliierten überreicht. Der Reichskanzler sagte eine unverzügliche Prüfung der Note zu. Im Laufe des Nachmittags wurde im Auswärtigen Amt mit der Überarbeitung der Note begonnen, die Freitag abend der Presse übergeben und am Sonnabend-Morgen veröffentlicht werden soll.

In später Abendstunde wurde gestern amtlich mitgeteilt, daß am Freitag, mittags 12 Uhr, ein Kabinettssitzung im Borsig des Reichspräsidenten zusammentritt, um die Alliierten-Note über die Voraussetzungen der Räumung der ersten Rheinlandzone zu beraten.

Wie die „Zeitung“, die heute als Kopfblatt der „Täglichen Landeszeitung“ wieder erschienen ist, meldet, werden am kommenden Mittwoch die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin eintreffen, um mit der Reichsregierung über die Be-

Entwertung der Entwaffnungsnote zu beraten.

Die der deutschen Reichsregierung nahestehenden Kreisorgane drücken ihr Unbehagen über die Entlassungsnote schon vor der Kenntnisnahme ihres Wortlauts in Beschwerden darüber aus, daß diese peinliche Frage nicht wenigstens gleichzeitig mit der noch in Aussicht stehenden Annahme des formell ja von derselben Reichsregierung beantragten Sicherheitspaktes erledigt werden kann. Die Spitzmärkte, unter der die Rolle übersehen worden ist, ist der Regierungspresse ebenso unangenehm. Sie lautet: „Voraussetzungen für die Räumung der östlichen Zone“. Die Reichsregierung wird, nach den ersten Presse-Andeutungen zu schließen, in ihrer Antwort den juri sitischen Zusammenhang zwischen Rheinlandräumung und Abrüstung streiten. Den politischen Zusammenhang wird sie allerdings vor dem deutschen Volke nicht verschleiern können. Im übrigen wird teilweise empfohlen, die Antwortung hin auszuzögern, wozu die Verspätung der Alliierten-Note selbst einen Vorwand bieten würde. Der Beschleunigung der Räumung käme eine solche, nicht gerade eindrucksvolle Politik des möglichst engen Ausweichens vor der Verantwortung bestimmt nicht zugute.

Die nächsten Schritte olid auf den Sicherheitsvertrag

erden vom „Manchester Guardian“ wie folgt geschildert: Es könnte erwartet werden, daß die französische Note noch in der Woche nach London zurückgebracht und gleichzeitig in Brüssel und Rom vorgelegt werde. Die französische Note werde dann in der nächsten Woche nach Berlin geleitet, formell als französische, tatsächlich aber als interalliierte Note. Der Beleitbrief werde Deutschland von der Zustimmung der belgischen, italienischen und britischen Regierungen Mitteilung machen. In Londoner politischen Kreisen wird die Meinung ausgesprochen, daß die Beurteilung des „Manchester Guardian“ zu optimistisch sei und doch sich in Folge der Diskussion der Entwaffnungsnote in Deutschland die Abfindung der Note über den Sicherheitspakt noch weiter verzögern werde.

Paris, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter von Hoesch hat am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand gehabt. Die Unterredung hatte den gegenwärtigen Stand des Sicherheitsproblems und die damit zusammenhängenden Fragen zum Gegenstand.

Wrian d wird am Sonntag vormittag die Reise nach
enf antreten, um dort an der Tagung des Völker-
undstats teilzunehmen und vor allem, um sich mit dem
öllischen Außenminister Chamberlain über die Frage des
Frontierfestes zu unterhalten.

Paris, 5. Juni. (Kunstbericht.) Die französische Antwort
die legte englische Note, betreffend den Sicherheitspakt, ist
vom Abend nach London abgegangen. Frankreich nimmt
ein mit Besiedlung von der englischen Ab-
sicht Kenntnis, im Rahmen des Vertragler Vertrages eine
Vernichtung der Ostgrenzen Frankreichs und Englands zu übernehmen.
Die Note legt großen Wert darauf, daß England ebenso wie
Frankreich nicht die allgemeinen Verpflichtungen
annehe, die es im Vertragler Vertrag und dem
Allerhöchstenpakt unterzeichnet habe. Frankreich
ist in seiner Antwort auf den britischen Vorwurf die Telle
aufrechterhalten, die besagen, daß Deutschland keinen
Friedensvertrag abschließen kann, basie-
rend auf die in den Friedensverträgen ent-

Polnische Wirtschafts- und Staatskrise

Während die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sich immer länger hinschleppen, hat die polnische Regierung eine einseitige handelspolitische Maßnahme getroffen, die alle mit Polen Handel treibenden Länder vor den Kopf stoßen muß. Sie hat ihre Einfuhrzölle für die wichtigsten Waren sprunghaft um das Mehrfache erhöht. Diejenigen Staaten, die, wie Deutschland, seinem Handelsvertrag mit Polen besitzen, werden durch die Einzelheiten dieser Zollerhöhung zunächst fast ganzlich vom polnischen Markt abgeschnitten. Aber auch tschechische und französische Wirtschaftskreise fühlen sich durch die Wirkungen dieser Tariferhöhungen trotz ihrem Vorsprung durch die Meistbegünstigungsverträge ihrer Staaten geschädigt. Man fragt sich, wie die polnische Regierung zu so verzweifelten Maßnahmen greifen kann, die doch auf keinen Fall der Einordnung Polens in einen friedlichen und gewinnbringenden Wirtschaftsaustausch dienen können.

Die Antwort gibt die polnische Handelsbilanz der letzten Monate, die einen ständig wachsenden Überschuss der Einfuhr über die Ausfuhr zeigte. Die polnischen Agrarprodukte aus den früher deutschen Gebieten finden infolge der ungeregelten Handelsverhältnisse mit Deutschland nur zum Teil noch den Weg zu ihren früheren reichsdeutschen Verbrauchern. Die ostoberschlesischen Hüttenprodukte sind infolge der geschwächten Kaufkraft und infolge der staatsfinanziellen Belastung durch ihren Steueranteil für die Ausgaben der polnischen Bürokratie und des kostspieligen polnischen Heeres fast vom Markt verschwunden. Die übrige polnische Industrie leidet unter denselben drückenden Wirkungen der teuren Staatswirtschaft. Die ostoberschlesische Kohle fand nur noch den durch den Genfer Vertrag gesicherten Absatz nach Deutschland, dessen Ende mit dem Ablauf der Vertragsfristen unmittelbar bevorsteht. Dann wird sie in der allgemeinen Weltkohlenkrise auch durch die neueren Bemühungen um Absatzwege nach dem Südosten kaum den Fortgang ihrer Förderung aufrechterhalten können. Mit dem Rückgang der polnischen Wirtschaft wird auch die Lage der polnischen Staatsfinanzen immer schwieriger: wenn die Erträge der bestehenden Steuern und Zölle zurückgehen, müssen immer neue Belastungen der Wirtschaft eingeführt werden bis zu solchen wirtschaftszerstörenden Maßnahmen wie den neuen Zöllen zur Verhinderung fast jeden Außenhandels. Da das wiederum weiteren Rückgang der Wirtschaft bringt, gehen dann auch die Erträge dieser neuen Einnahmequellen rasch zurück — ein verhängnisvoller Kreislauf, der Wirtschaft und Staat schließlich gleichermassen ins Verderben führen muss, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird.

Die jetzige polnische Regierung Grabski ist als „überparteiliches“ Kabinett zur Sanierung der polnischen Wirtschaft gebildet worden. Dieses Sanierungs-werk ist ihr technisch gelungen, wie ja jede Inflation durch Beendigung des Notendrucks äußerlich abgeschlossen werden kann. Die Balancierung des Staatshaushalts kann aber mit den geschilderten Mitteln nur vorübergehend erreicht werden, und ohne sie gibt es schließlich doch nur wieder Rückkehr zum Notendruck — oder offenen Staatsbankrott. Eine wirkliche Sanierung der polnischen Staatsfinanzen und damit zugleich eine wirkliche Entlastung der polnischen Volkswirtschaft, die ja an Natur-schäden reich und auch in ihrer Verkehrslage zur Welt-wirtschaft nicht ungünstig gestellt ist, mußte bei der radikal-en Beschaffenung der polnischen Staats-ausgabe beginnen. Scharfe Kontrolle der ungeschuldeten und heutegierigen polnischen Bürokratie, energischer Abbau der übertriebenen polnischen Heeres-rüstung sind die einzigen Wege zur Genebung. Das Kabinett Grabski hat zwei Mitglieder aufgenommen, die nach dieser Richtung wirken sollten: den flugen und aus nüchterner Tatsachenerkenntnis heraus zweifellos ehrlichfriedensfreudlichen galizischen Grafen Strzynski als Außenminister und den aus der Bauern-Linten aufgestiegenen ehrehaften und anpassungsfähigen Spezial-minister für die Ostgebiete Tugutt, übrigens Abkömmling einer polnisch gewordenen deutschen Siebler-familie. Tugutt aber hat auf dem Gebiet der polnischen Ausschreitungen polnischer Beamtenherrschaft, in den Provinzen mit überwiegend ukrainischer und weißrussischer Bevölkerung, nichts ausrichten können, eben weil das Kabinett Grabski „überparteilich“ bleiben mußte und daher alle seine Maßnahmen durch den rechtsliegenden

praktischer Ostmarken-Methode, durchkreuzte.

Beamtenwillkür und Steuerdruck verschärfen ständig die Exhumerung der Kleinbauern in diesen Ostgebieten, denen außerdem die kommunistische Propaganda aus dem Nachbarlande nationale Befreiung und wirtschaftliche Erholung in Hülle und Fülle verspricht.“ Die Folge sind wiederum neue bürokratische Gegenmaßnahmen gegen die „staatsfeindlichen Umtriebe“ — ~~berieselbe nachkommunistische~~ Kreislauf in der polnischen Nationalitätenpolitik wie in der polnischen Wirtschaftspolitik. Thugutt ist darüber zurücksgetreten und versucht jetzt eine Sammlung der polnischen Sinten.

Im Warschauer Parlament hat weder die Linke noch die Rechte die Mehrheit. Den Ausschlag geben die Abgeordneten der Minderheitsvölker. Wenn die Linke mit dem Bemerkungsbündniss Grabski-Schluk machen will, um selber die Regierung zu übernehmen, kann sie es nur unter Verständigung mit Deutschen, Nationaljuden und dem verständigungswilligen Teil der Ukrainer. Eine solche Verständigung würde eher als einzelne Regierungsmagnahmen vom grünen Tisch die Milderung der nationalen Gegenstände in Polen anbahnen können. Sie würde zugleich den außenpolitischen Kurs der polnischen Politik beeinflussen, in dessen Führung Strzynski in der letzten Zeit ebenso behindert war wie Thugutt in der inneren Nationalitätenpolitik. Der außenpolitische Zwang zu einer aktiveren Verständigungspolitik dürfte von Polen sichtbar werden, sobald die Garantiepaltoverhandlungen im Westen zum Abschluss kommen und die Grenzen der Bedeutung des polnisch-französischen Bündnisses in gewissen strategischen Fällen nüchtern klären. Selbst ein gemäßigtes Krakauer Blatt schlug in den letzten Tagen unter dem Eindruck dieser Verhandlungen bereits direkte deutsch-polnische Besprechungen über das Grenzproblem vor. Auf der russische Druck von Osten dürfte noch wachsen, zumal angeblich der bolschewistischen Interessen in West-China, über die der Shanghaier Streit die Moskauer Realpolitiker kaum trösten wird. Die Frage bleibt offen, ob die polnische Linke in dieser Krise ihres Staats und ihrer Wirtschaft den Mut zu großen Entschlüssen fassen wird. Die polnischen Sozialisten haben die Bereitschaft dazu in den letzten Jahren zunehmend gezeigt. Wird auch Herr Thugutt die Angst vor dem Vorwurf „nationaler Unzuverlässigkeit“ überwinden?

Direkte Danzig-polnische Einigung.

„In der letzten Tagung des Völkerbundsrates war vorgeklagten
machten, Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen, besonders jüdische
Recht auf keine Verhandlungsmöglichkeiten beschränken durch eine besondere
Verwaltungskommission beim Völkerbundsrat erledigen zu lassen
und so den Rat selbst zu entlasten. Der Berichtserstatter des Völker-
bundes hat jetzt den Hauptpunkten Danzigs und Polens die Einzel-
heiten des Planes bekanntgegeben. Darauf soll besonders ver-
hübt werden, ein Schiedsverfahren durch vorherige direkte
Beziehungen zu wagen. Vor jedem Schiedsspruch soll
der Völkerbundskommissar in Danzig zu dem Berium verpflichtet
sein, eine direkte Einigung der Parteien herbeizuführen. Anderer-
seits soll auch eine Beugung des Schiedsspruchs dadurch ver-
hindert werden, daß für die Zustimmung auf einen Antrag gemäß der
Danzig-polnischen Konvention eine bestimmte Frist gestellt ist, ebenso
wie auch eine Frist eingehalten werden soll bei der Zustimmung der
Gegenseite auf einen Einspruch gegen die Entscheidung des
Völkerbundskommissars.“

Ber der Entscheidung in Beloien.

Büffel, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Es ist noch zweifelhaft, ob Pouillet die Regierungsbildung gelingen wird. Die katholische Fraktion kann ihre am Donnerstag das Bützraten aus. Die Opposition scheint aber nicht unbedenklich zu sein. Die Liberalen haben am Donnerstag einstimmig den Beschluss nicht in die Regierung einzutreten. Es wäre möglich, daß dadurch die sozialistische Partei, die am Freitag zu Beschlüssen zusammentritt, beeinflußt würde. Auch der Abschluß des am Sonntag stattfindenden Sozialisten-Kongresses ist noch dergesten ungewiß. Eine Regierung für Pouillet ist jedenfalls nicht verhakt. Die Meinung, die jetzt für eine sozialistische Regierung

Anthony John.

Klausen von Jerome & Jerome

88] ————— (Ruf der Stadt verboten.)
Sie drohte sich vor, blieb die Fuß schwingende Einöde entlang.
Unter ihrer Lade lag in diesem Verstecknis aus Stein die Mysteriöse
Stadt; hier und dort flackernde ein seines Licht aus der Dunkelheit.
Dort gibt es die langen traurigen Straßen, die hoffnungslosen
Häuser, mitte Menschen eingeschlossen, die schwangeren, verschwun-
denen Kinder, wo Kinder mit Marmi spielen. Die Stadt der ver-
stirbten Seelen und verschwundenen Geister! Sie muss ge-
heimgt präsentiert werden! Das will kein Schauspieler lein — und
eine Szene an ihr stellen.

Wenige Minuten weg im Gefüllung zu führen; eines Regiments
oder Bataillons in Stellung gesetzten als zwei erwartet hatte. Sie
hatten nicht mehr Raum zu wenden. Schützen hielten dennoch gewohnt
auf ihre Rechten Schüsse ab, die Regel, gewohnt wurde; per
denen Infanterie, jedoch in die Stellung eingeschossen; es war, als hätten
sie das zu gewusst, ihre Waffen ergriffen. Fünfzehn Minuten begann
die Artillerie Feuer zu eröffnen; dieses Blitzen ließ sie es aus-
sehen, wie als ob es gewünscht, leicht se. Ein solches Feuer
wurde, jedoch so sehr mit der Geschwindigkeit und dem Ausmaß er-
reicht, als daß die Linie zerstört. Der Feind kam des-
halb nie wieder. Die Männer, es war, nach Schätzungen
Gefangen waren, waren noch ein Viertelstundens Abstand, den den
Feind zurück erzwungen. Diese Zeit reichte aus, um die
Schlacht zu beenden. Da beide die die positionen Wechselseitig
gewechselt waren, die Gott die ersten Angriffe auf die
Linie des Gegner verhinderte die Pferde und Infanterie nun
die anderen Linie, der Feind schickte seine drei Tausend
Kavallerie zu Fuß, die den ersten Angriffen folgten, welche
durch einen Feind, der sich auf die linke Seite des Flusses befand,
die Reiterei auf die rechte Seite des Flusses, und die
Infanterie auf die linke Seite des Flusses.

deutschen DL, eines gekidit. Dazu eine Erklärung führender Liberaler, die sich für eine wohlwollende Neutralität gegenüber einer rein sozialistischen Regierung ausgesprochen haben.

Die Eregung über Sorthys persönliche Mordanstiftung.

Budapest, 4. Juni. (Eigener Druckbericht.) In Regierungs-
kreisen hatte man gehofft, daß auf die erregte Debatte in der
Nationalversammlung am Mittwoch anlässlich der Anklagen gegen
Sztaray eine Beruhigung einzetzen würde; es herrscht indessen
noch eine starke Erregung. Am Donnerstag früh begann ein
24 stündiger Scherstreit, so daß einen vollen Tag keine
einzige Zeitung in Budapest erscheinen konnte.
Die sozialdemokratische Fraktion beschloß vor jeder Parlaments-
sitzung der Nationalversammlung Benichys Enthüllungen wieder
zur Sprache zu bringen. In der Donnerstagssitzung forderte ein
demokratischer Abgeordneter die Regierung auf, das Verbot der
Zeitung „Az Ujság“ aufzuheben, worauf er zur Ordnung gerufen
wurde. Benichy ist bereits einmal verhört worden. Angeblich
 soll der Erzherzog Sojef zwischen Horthyn und den
Legitimisten vermitteln. Der Reichsverweser versucht
die öffentliche Diskussion der Affäre zu unterdrücken.

Die Chinesischen Unruhen.

London, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht) Die Unruhen in China haben sich weiter verschärft. Der nationalchinesische ausgesprochen fremdenfeindlichen Charakter der Bevölkerung liegt nunmehr offen zutage. Panzerwagen durchziehen Tag und Nacht die Stadt Peking und sorgen für Ruhe, der Kontrolldienst auf den Straßen wird mit größter Strenge durchgeführt. Bei Einbruch der Dunkelheit darf sich kein Chinese außerhalb der Häuser zeigen, da man eine Wiederholung der Übervölkerung befürchtet. In Shanghai herrschte am Donnerstag völlige Ruhe, den Streitenden schlichen sich immer neue Arbeitermassen zu. Die größte Pekinger Tageszeitung, der "Peking Leader", hängt auf Ernennung eines unparteiischen gemischten Ausschusses, einer Kommission mit der Untersuchung der Unruhen beizutragen und eine Befriedung herbeiführen soll. Das Elektrizitätswerk von Shanghai wird von einem Aufgebot englischer Truppen besetzt. Drei englische Kreuzer sind am Donnerstag angekommen.

Das chinesische Auswärtige Amt hat eine Note an den italienischen Gesandten als Vertreter der interessierten Mächte gesandt, worin Bedauern erhoben wird, daß die Polizei von Schanghai wiederum auf das Volk geschossen habe, was neue Opfer gefordert habe und worin erläutert wird, die meisten Opfer seien von hinten getroffen, während die Polizei keine Verluste hitten habe, wodurch die Grundlosigkeit ihres Vorgehens beiseien sei. Die Haltung der Durchweg ausländischen! Red.) Behörden in Schanghai sei die Ursache des Streits. Die Note fordert die Vertreter der Mächte auf, unverzüglich energische Befehlungen an die Konsuln in Schanghai zu senden, den Gebrauch von Feuerwaffen einzustellen, damit weiteres Blutvergießen verhindert wird.

Reuter berichtet aus Peking: Es ist bemerkenswert, daß die Kundgebungen sich bisher fast gänzlich gegen Großbritannien und Japan und nicht gegen andere Nationen richten.

Als Antwort auf einen vom Streikkomitee von Shanghai
die britischen organisierten Arbeiter gerichtet
Appell haben der Karlsruher und der zweite Sekretär
Generalrats des Gewerkschaftsbundes an Premierminister
Hawkins im Namen des Generalrats einen Brief ge-
schrieben, in dem die Zurückziehung der britischen
Militärfürsten, die in die Vorgänge in Shanghai verwickelt
sind, verlangt wird.

Der ökonomische Gesandte in Berlin, Wu, übergab „Koll. 37“ eine Erklärung, in der es unter anderem heißt:
„Ich bedauere außerordentlich die Ereignisse, die sich in China abgespielt haben. Nichts ist abwegiger, als die letzten Vorgänge mit den Boxeraufständen von 1900 in Parallele zu ziehen. Man darf niemals die Farbe aus den Augen verlieren, daß die gegenwärtigen Unruhen in Shanghai ihren Ursprung in einem Streik haben. Chinesen wollen dieselben Rechte genießen und anerkannt werden, wie sie bei anderen Völkern üblich sind. Daher rißt es, eine rein soziale Bewegung, wie sie der Streik ursprünglich war, eine nationale Farbung angenommen hat. Ich ernehmen, daß diese Bewegung an Stärke verlieren wird, wenn sie ihr den ursprünglichen sozialen Charakter verläßt, und freudigen Wünsche weder direkt noch indirekt den Versuch machen, der Streikbewegung einen politischen Charakter beizumessen, und chinesischen Arbeitern vaterländigen möchten, von ihrem Streik Gebrauch zu machen. Es wäre falsch und bedauerlich, wenn abeigenen Mächte sich durch diese Streikbewegung von Shanghai bedroht fühlen. Auf alle Fälle bin ich davon überzeugt, daß Deutschen in China von dieser Streikbewegung nichts zu befürchten haben. Was die Freizeit anbetrifft, ob die Vorgänge in Shanghai auf sowjetische Zustützung zurückzuführen sind, so ist es immerhin möglich, daß einzelne solcher Erwähnungen bestehen.“

Aus dem Reiche.

**Von Reichspräsidenten Friedrich Ebert erscheinen im Ver-
von Carl Reinhart in Dresden demnächst „Gesammelte Schrif-
und Reden“ in einer einbändigen Ausgabe, die der älteste S-
des Reichspräsidenten, Fritz Ebert jun., herausgibt.**

Deutsch-polnisches Vormundschaftsabkommen. Wie der w-
liche Preußische Pressedienst auf Grund eines Gesetzes
Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt mitteilt, haben
Deutsche Reich und die Republik Polen zur Regelung der Z-
mandshaft über minderjährige ein Abkommen getroffen, auf
die Jugendärzte hingewiesen werden sollen. Das Abkommen
von dem Wunsch geleitet, gemeinsame Bestimmungen zur R-
lung der Vormundschaft über minderjährige zu treffen. Die
Bestimmungen sind in zwölf Artikeln niedergelegt, die im Worl-
in Nummer 11 der „Volkswohlfahrt“, des amtlichen Publikatio-
organs des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt wied-
gegeben sind.

Alleine Auslandsnachrichten

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts wurde am Donnerstag neu gewählt. In die Regierungsrat der Vertreter Argentiniens an Stelle Chiles und der Vertreter Norwegens an Stelle Finnlands. Die Arbeitgebergruppe bleibt unverändert. Die Arbeitergruppe wählt als Vorsitzender Jouhaux mit 26, Poulton-England mit 16, More-Kanada mit 25, Du de Geest-Holland mit 25, Thoberg-Schweden mit 22 und Hermann Müller-Deutschland mit 25 Stimmen; der Vertreter der christlichen Gewerkschaften-Grooterens-Holland, erhält nur 5 Stimmen. Sämtliche Arbeitgebervertreter gehören dem Internationalen Gewerkschaftsbund an. Die Stellvertreter wurden bestimmt: Joshi-Indien, Schuetz-Schweiz, d'Arragona-Italien, Hueber-Oesterreich-Caballero-Spanien und Zulawski-Polen. Hermann Müller tritt auf Grund vorheriger Vereinbarung an die Stelle Leiparts, der infolge Arbeitsüberlastung von seinem Posten im Verwaltungsrat zurücktritt.

Die österreichische Massenwanderung. Zur Lösung des österreichischen Problems ist in Genfer Kreisen die Frage einer eventuellen Auswanderung von 60 000 österreichischen Arbeitslosen erwogen worden. Die ursprüngliche Absicht, Nordamerika durch Vermittlung des Höllerbundes für Aufnahme dieser Auswanderer zu interessieren, wurde wegen der ablehnenden Haltung Amerikas aufgegeben. Österreich erwägt, durch den Abschluss von Freizügigkeits-Verträgen verschiedene europäische Staaten für die Aufnahme der österreichischen Arbeitslosen zu interessieren. Deutschland

Der Schweizer Bundesrat verweigerte Tatjana Tolstoi der Tochter Leo Tolstois, die Einreiseerlaubnis in die Schweiz. Die Schweizer Presse protestiert gegen diese Maßregel, die eine Bekämpfung des großen Dichters bedeute.

Caillaux über das Sinken des Franken. Wie „Paris Soit“ mitteilt, hat Finanzminister Caillaux über das Sinken des Frankens auf Befragen mitgeteilt, er werde augenblicklich keine Aktion unternehmen, da es sich nicht um Spekulationen handele. Die Haupe der ausländischen Devisen sei zurückzuführen auf den starken Ankauf ausländischer Devisen, den die Baumwollspinnereien in Frankreich vorgenommen hätten.

Der Todesstag Matteottis. Die italienischen Arbeiter planen für den 19. Juni, dem Todesstage Matteottis, große Kundgebungen gegen die Regierung. Der „Popoli d'Italia“ betrachtet die Feiern für den Ermordeten als „eine Herausforderung, welche die faschistischen nicht dulden können“. Die Anhänger der Regierung haben große Gegendemonstrationen beschlossen, durch die die sozialistischen Gedenkfeiern gestört werden sollen.

Abbruch der jugoslawisch-griechischen Verhandlungen in Belgrad wegen der Minderheitenfrage in Griechisch-Mazedonien, vor allem aber wegen der jugoslawischen Freizone im Hafen von Saloniki droht zu einem offenen Konflikt zu führen. Das Zustandekommen eines Bündnisses zwischen den beiden Staaten erscheint unter diesen Umständen ausgeschlossen. Die griechische Seite beschuldigt die Belgrader Regierung der Erpressung, da sie ihre Stellungnahme zur Bündnisfrage von den wirtschaftlichen Interessen Griechenlands abhängig mache. Athener Nachrichten aufsoweit erscheint aber die Stellung der griechischen Regierung im Parlament durch den außenpolitischen Misserfolg

opfern. Für Herrn Arnold G. Landripp selbst, der sich dessen bewußt war, daß er die eigene Existenz diesem Gesetze verdankte, wie auch, daß es väterliche Gefühle sind, die ihn veranloßten, für Fräulein Emily Landripps Wohl und Zukunft zu sorgen, die sonst ihrerseits für das Wohl ihrer Kinder Sorge tragen würde, und so weiter ad infinitum, besaß dieser Lehrlatz Bedeutung. Sein Verstand, die Notwendigkeit des Gesetzes anerkannd, erfüllte die von ihm gehassten Verpflichtungen. Aber die anderen? Die unzweckmäßigen ausübenden Instanzen, die sich erhöhten, einzig und allein, um ein Ei zu legen, das sie nicht mehr auszubrüten schehen werden? Weshalb schaust du in der Dunkelheit? Warum geschehen sie nicht ihr kurzes Dasein im geliebten Sonnenlicht? Weshalb leidet für sie die Zukunft der Homoptera? Und die Vogelritter, die mit gespreizten Flügeln über dem brennenden Nest ziehn, und selbst den Tod willig erleidet, wenn es ihr nur fragt, die Jungen zu retten? Die Mutterliebe, die für die Errichtung der Arten unentbehrlich ist; aber woher kommt sie? Was ist der Ursprung dieser blinden Liebe, dieses blinden Oferwillens, was in der Zukunft eine unbekannte Sache triumphiere? Überall nähme den Fall von Herrn Landripps eigener Entwicklung: den jungenen Thieren, von Menschen verfolgt, von Füchsen getrieben, gegen ungeheure Schreckenkeiten anzukämpfen hatte. Weshalb belebte er sich noch mehr durch eine junge Brut, mit einem einzigen Zweck, doch sich als Endergebnis Herr Arnold Landripp entwidde? Weshalb tötete er nicht seine Jungen? Einzigst fehlt die Mutter? Wer kann ihm von den Menschen Gebotenem und des Willens, die eines Tages gehören würden, so bilden auch Herr Arnold G. Landripp gehören wird. Fleisch, Knochen, Fleisch, und Stein von keinem Sein? Weshalb fordigt die Herr Landripp keine Gefahrlosigkeit, indem er bis jetzt in die Luft der Schreckklang der Eltern, an dem Erbauen entzündiger Qualen, in der keine anderen Beider in Missionarisch arbeitet? Weshalb der fahrrigen Generation? Die Erbaltung und Proliferation der Rasse? Was ist der Zweck? Weshalb vernünftige Lebewesen sich für den Fortschritt einer Rasse zu begeisteren, und nicht ein gewöhnliches Geschwätz über Zahlen und Spezies ist? Der Mensch ist nur der Mensch, den das kleine Kind nicht mehr auf das Kindesdienst befreit, wenn ein Teil des abgetrennten Körpers ist, das nach dem Ende einer verwirrten Blume verwandelt, wodurch das Beträumen der Erfahrung gefangen weiter kann —, das mit keinem Gangen beschreibbar ist.

Abrüstungsvortrag.

Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Von Sieg zu Sieg ist die schwedische Arbeitersklasse geschritten, seitdem zu Beginn des Krieges ihr großer Führer Branting seine Befreiung der schwedischen Neutralität sich für politiven Interessen an der schwedischen Politik bereit erklärt hat. Sozialistische Politik in Schweden ist seitdem immer ausgesprochene Realpolitik gewesen. Es gibt niemanden in der schwedischen Sozialdemokratie, der das sozialistische Endziel nicht lieber heute als morgen verwirklichen möchte. Erfreulicherweise gibt es aber niemanden, der nicht weiß, daß Rom nicht an einem Tage erbaut werden kann, daß das Ziel des Sozialismus nur Schritt für Schritt erklungen und erreicht werden kann. Die Geschichte der sozialistischen Politik in den letzten Jahren ist nicht nur ein Beispiel dafür, daß unsere schwedischen Verteidigungen es im allgemeinen verstanden haben, mit den Kräften hauszuhalten und nur das Erreichbare zu erstreben, sondern daß sie stets aus Erfahrung gelernt und eine wachsende realpolitische Einstellung gewonnen haben. Es wäre ohne Zweifel etwas Großartiges, etwas Bedeutendes gewesen, wenn die am Ruder befindliche sozialistische Regierung die Gesamtabrüstung vorgeschlagen hätte. Aber es wäre auch nichts anderes gewesen als ein großes und prächtiges Feuerwerk ohne jeden praktischen Wert, mit vielleicht etwas propagandistischer Wirkung. Doch sogar die propagandistische Wirkung eines solchen Vorschlags wäre für Schweden zu beweisen. Stimmenzugang, Regierung und weiterer Ausbau des Wehrmachts, das wären die naturnotwendigen Realisierungseinheiten eines solchen Vorschlags gewesen.

Die schwedische Sozialdemokratie hat bewußt auf eine solche Ablösung verzichtet. Sie hat sich vielmehr überlegt, was bei der gegenwärtigen Geistesverfassung der Bevölkerung und der parlamentarischen Situation erreicht werden kann und danach ihre Vorschläge ausgearbeitet. Wenn auch Schweden seit 100 Jahren im Frieden lebt und Neutralitätspolitik die traditionelle Politik Schwedens ist, so steht dennoch auch die schwedische Oberschicht in starkem Maße unter dem Einfluß des Wortes: Si vis pacem, para bellum, („Wenn du Frieden willst, sei zum Krieg gerüstet“), lebt auch sie in der Vorstellung, daß Schweden einer Armee und Flotte bedarf. Leicht plötzlich die Forderung aufgestellt, Armeen und Flotten vollständig abzuschaffen, dazu schafft die Konsonanz bei den nächsten und temperamentlosen Schweden. Diese müssen sich erst an das neue, von Branting geprägte Motto schwedischer Politik gewöhnen: „Si vis pacem, para pacem“ („Willst du den Frieden, so arbeite am Frieden“!). Außerdem ist es parlamentarisch unmöglich, das Ziel der vollen Abwendung zu verwirklichen. Es gibt nur eine stark passivistisch eingestellte Partei, mit der ein weitgehendes Zusammenarbeiten auf diesem Gebiet möglich ist, die Freisinnige Partei. Als sich im Herbst 1924 die Regierung Branting bildete, war es von Anfang an klar, daß es in der Abrüstungsfrage zu einem Kompromiß zwischen den ursprünglichen sozialdemokratischen und einem ursprünglich freisinnigen Vorschlag kommen müsse. Dadurch war aber nur eine Mehrheit für die zweite Kammer gegeben, in der von 29 Plätzen die Sozialdemokraten 104 und die Freisinnigen 27 inne haben. Unter den 150 Mitgliedern der ersten Kammer befanden sich aber nur 52 Sozialdemokraten und 21 Freisinnige. Um in der ersten Kammer eine Mehrheit zu erhalten, mußte man also den dort den Ausfall gebenden Liberalen weitere Zusagen machen. Außerdem sah sich aber auch die Regierung, daß es umfang ist, in einer so wichtigen Frage sich mit einer knappen Zusammensetzung zu begnügen. Sie wollte vielmehr für ihren Vorschlag eine so sichere Mehrheit wie nur irgend möglich schaffen.

Der jetzt angenommene Abrüstungsvorschlag kann also nicht als ideal hingestellt werden, sondern nur als die unter den eugenialistischen Verhältnissen beste realpolitische Lösung. In dreierlei Beziehung kann diese Lösung als erster Schritt zum Frieden aufgefaßt werden. Bedeutsam ist zunächst die Umstellung in der offiziellen Staatspolitik und in der geistigen Einstellung der Bevölkerung. Es ist zweitens ohne Zweifel ein Schritt zum Frieden und zum Ideal der vollständigen Abrüstung, wenn die Gesamtkosten für die Wehrversorgung von 240 in der Wehrordnung von 1914 auf 110 Millionen Kronen herabgesetzt werden, von denen unter anderem 61 Millionen Kronen auf die Armee und 33 Millionen Kronen auf die Flotte entfallen. Verschiedene andere Maßstäbe sind möglich, um den Umfang der Abrüstung einzugeben, so unter anderem der, daß die Zahl der zum Heeresdienst einzuziehenden fünfzig Prozent der bisherigen Zahl betragen wird. Gemäß der geographischen Lage Schwedens ist innerhalb der Armee am meisten, am wenigsten innerhalb der Flotte und Luftwaffe abgerüstet worden. Innerhalb der Armee ist wiederum am meisten die Kavallerie, am wenigsten die Infanterie abgerüstet worden. Drittens ist dieser Vorschlag als ein Schritt zum Frieden im Sinne des Börsenbundes aufzufassen. Besagt doch Artikel 8 der Satzungen des Börsenbundes, daß im Interesse des Friedens eine Abrüstung bis zu dem Umfang vorgenommen werden soll, daß die Verteidigung der Unabhängigkeit und Neutralität des betreffenden Staates wie auch die Durchführung der durch den Eintritt in den Börsenbund übernommenen internationale Verpflichtungen nicht gefährdet wird. Die schwedische Regierung ist der Meinung, daß dank der geographischen Lage und der Geschichte Schwedens wie auch der allgemein jetzt stehenden Kriegsmöglichkeit keine direkte Gefahr eines Angriffes auf

Galle eines feindlichen Konfliktes die schwedische Neutralität bewahren zu können, braucht Schweden eine Armee und Flotte. Schweden kann aber die Stärke der Armee und Flotte wesentlich herabsetzen und so die vom Börsenbund befürwortete Politik des Friedens führen. Doch bei diesem Schritt zum Frieden die Sozialdemokratie, speziell die Minister Sandler, Per Albin Hansson und Under, die Führung in ihrer Hand hatten, wird sicherlich ein Ruhmesblatt in der Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie sein. W.G.

Stockholm, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichstag hat der Vorlage der (rein sozialdemokratischen) Regierung zugestimmt, die die Vermeidung des Militärdienstes aus religiösen oder ethischen Motiven gestattet. Die Militärdienstverweigerer haben Arbeitsdienst zu leisten, der 90 bzw. 120 Tage länger dauert als die Militärdienstzeit.

Vom 5. bis 9. Juli werden schwedische Kriegsschiffe die Häfen Kiel und Swinemünde besuchen. Nach Kiel werden zwei Panzerschiffe, vier Torpedobootszerstörer, eine U-Boot-Flottille, eine Minenfischboot-Flottille und ein Flugzeugmutterschiff nebst Flugzeugen und Beibooten kommen, Swinemünde wird von einer Torpedo-Flottille angefahren werden.

Der persönliche Adjutant des Reichspräsidenten.

In der „Börsischen Zeitung“ lesen wir:

„Es ist das gute Recht des Reichspräsidenten v. Hindenburg, das Amt des persönlichen Adjutanten wieder aufzubauen zu lassen, und man wird es menschlich begreifen, daß er mit diesem Amt seinen Sohn betrachtet, mit dem er in Hannover zusammengelebt hat, und den der Präsident in seiner engeren Umgebung nicht missen will. Aber man kann die Tatsache doch nicht verzeihen, ohne darauf hinzuweisen, welch ein Gehirn sich erhoben hätte, wenn in ähnlicher Weise der frühere Reichspräsident eine ihm parlementär oder persönlich nahe stehende Verbindlichkeit auf einen Sohn berufen hätte, dessen etatmögliche Neuschaffung oder Wiederbeschaffung zu diesem Zweck notwendig gewesen wäre.“

Ganz ähnlich liegen ja die Dinge hinsichtlich des Gehalts des Reichspräsidenten. Was ist nicht alles von der deutschnationalen Agitation im Lande über Eberts Gehalt verbreitet worden. Und kaum war sein Nachfolger im Amt, da wurde unter Vorantritt der Deutschen Union im Reichstag eine erhebliche Erhöhung des Gehalts des Reichspräsidenten beantragt. Durchaus mit Recht. Denn die etatmäßige Dotierung des Präsidentenamt in der Deutschen Republik war lächerlich. Aber es war eben genau so lächerlich für Ebert wie für Hindenburg. Noch lächerlicher allerdings war und ist die Art, mit der in Deutschland alle solche Fragen behandelt werden.“

Die Schulpolitische Forderung des Lehrertages an das Reich.

Hamburg, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Verhandlungstag der 33. Deutschen Lehrertagsversammlung war im wesentlichen ausgefüllt durch den Vortrag des jungen ersten Vorsitzenden des Deutschen Lehrertagsvereins, G. Wolff-Berlin, der in überfüllten Sälen über „Reich und Schule“ einen Auftritt über die Entwicklung des Gedankens einer empirischen Reichskulturrepublik gab. Außer dem politischen Kulturrepublikanismus habe sich das deutsche Volk auch noch die Widerstandsfähigkeit eines Kulturrepublikanismus gefestigt, indem das Schlesische nach 1848 selbst Sachsen der Münzen war. Es mußte erst ein Mannenmarsch kommen, damit endlich 1919 eine Reichskulturrepublik zusammenkam, damit die obere Gelegenheit zu tollpätiger Arbeit verpaßte. Auch die kulturrepublische Auseinandersetzung des Reiches habe außer der Grundschulgeschädigung wenig geleistet. Diese sei dazu noch in den folgenden sechs Jahren stark verschärft worden. Unter Leitung des Verteilungsausschusses der Verfassung geholt die Tatenlosigkeit des Reiches, das vor außenpolitischen Maßnahmen kapitulierte, während eine Reihe wichtiger Forderungen der königlichen Regelung harren. Die deutsche Lehrertagsversammlung wird ihren Kampf in dieser Richtung mit aller Energie vorwärts treiben. — Der Eindruck der Rede war tempestiv durch den einstimmigen Besluß, diese Rede ohne Auseinanderziehen und durch Massenverbreitung in das Volk zu bringen. In einer umfangreichen Entwicklung würden dann noch einmal die Hauptforderungen auf zielbewußte Reichskulturrepublik niedergelegt und damit die Beratungen der Hauptversammlung geschlossen.

Die Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanländer, deren Einberufung von der Exekutive der sozialistischen Arbeitersinternationale in ihrer letzten Sitzung beschlossen wurde, tritt am 12. Juni in Prag zusammen. Die hierzu von der Exekutive der sozialistischen Arbeitersinternationale entsendete Kommission besteht aus den Genossen Vandervelde, Tom Shaw und Friedrich Adler.

Aus aller Welt.

Ungewitter im Rundfunk abgestürzt.

Gestern nachmittag gegen 12 Uhr stürzte der vom Piloten Ungewitter geführte Albatros-Eindecker, der bisher im Deutschen Rundfunk bestens gut abgeschnitten hatte, in Haftrach bei Kronach aus mäßiger Höhe ab. Das Flugzeug fiel in einen Garten. Der Sturz wurde durch die im Garten befindlichen Bäume sehr gemildert, trotzdem wurde es völlig zerstört. Gestern früh sah die Suche nach der Nordpolexpedition an der Paderborn beginnen, die man damit rechnet das Amundsen und seine Begleiter zu Fuß nach Spitzbergen zurückkehren werden. In Oslo nimmt niemand an, daß die Norweger verunglückt sein könnten. Man glaubt, daß die Flugzeuge beim Landen so beschädigt sind, daß sie für den Weiterflug nicht mehr brauchbar sind.

Die norwegische Hilfssektion für Amundsen mit dem Dampfer „Ingesteen“ wird am 15. Juni in Marsch gesetzt. Sie führt drei Flugzeuge für Polarexploratoren mit sich.

Nach einem Flugprob von Bord der „Fram“ wird aber schon heute früh die Suche nach der Nordpolexpedition an der Paderborn beginnen, die man damit rechnet das Amundsen und seine Begleiter zu Fuß nach Spitzbergen zurückkehren werden. In Oslo nimmt niemand an, daß die Norweger verunglückt sein könnten. Man glaubt, daß die Flugzeuge beim Landen so beschädigt sind, daß sie für den Weiterflug nicht mehr brauchbar sind.

Eine Hauptfrage der Rundfunkinteressenten bildet die Frage, was mit dem Spiritus werden soll, wenn die Propaganda gegen den Alkohol größere Erfolge haben sollte. Dass diese Sorge erworben ist, geht aus der Tatsache hervor, daß in letzterer Zeit der Spiritus immer stärkere Verwendung als Getränk und Brennstoff findet. Besonders gute Erfahrungen hat man in der Verwendung von Spiritus zu motorisierten Zwecken gemacht. Der Spiritus wird oft durch das allgemeine Vergnügungsmaß und durch leichte Rührung für den Geschmack unbrauchbar gemacht, er erhält dann ein Vergnügenstraining, insbesondere für die Fahrgäste in Kraftwagen, Motorräder und Schleppern. Prominenten Persönlichkeiten der Leute derselben dienen Vergnügungspritzen gerechnet als das Getränk der Zukunft. Man erkennt hieraus, daß die Erfahrung

aus einer sozialen Konflikte die schwedische Neutralität bewahren zu können, braucht Schweden eine Armee und Flotte. Schweden kann aber die Stärke der Armee und Flotte wesentlich herabsetzen und so die vom Börsenbund befürwortete Politik des Friedens führen. Doch bei diesem Schritt zum Frieden die Sozialdemokratie, speziell die Minister Sandler, Per Albin Hansson und Under, die Führung in ihrer Hand hatten, wird sicherlich ein Ruhmesblatt in der Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie sein. W.G.

Oswig. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Vom 5. Juni, abends 8 Uhr, in der Volkshalle statt. Eröffnen aller Kameraden ist Pflicht, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Gleichzeitig erlauben wir uns nochmals, alle Banner des Kreises an unserer am 7. Juni stattfindenden Gründungsfeier in dem so herrlich gelegenen Oewitzer Walde einzuladen. Kameraden, sorgt dafür, daß diesen Tag zu einer wichtigen Ruhmesblatt in der Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie sein wird.

Klettendorf. Der nach unten nach vom Dienstag verunglückte Fabrikarbeiter heißt Krautwals.

Herrenpolst. Der Arbeiter-Radfahrerverein Stöbelwitz brachte am 2. Feiertag mit dem Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Masselswitz ein Revanche-Straßenrennen, welches durch unseren Ort führte, zum Ausklang. Als erster fuhr Sportgenoß Kiesch-Marschwitz, dem als zweiter Klein-Herrenpolst folgte, durch Ziel.

Fahrradrennen und Treffen am 5. Juni in umfassender Weise auf der Straße Breslau-Wołosławien. Um sich vor Zeitverlust zu schützen, wird es nötig sein, den Fahrplan, welcher bei fast allen Jügen stark geändert ist, durchzusehen. Für die Ausflügler ist durch Einlegung eines Zuges ab Herrnpolst 10.15 Uhr abends Gelegenheit geboten, die Sommerabende in der Natur voll auszunützen.

Deutsch-Villa. Straßenraub. Auf der höchsten nach Breslau führenden Chaussée wurde ein 18-jähriger Schüler am heftigsten Tage von einem jungen Mann vom Fahrrad geschlagen und dessen verbraucht. Die sofort aufgenommene Verfolgung durch ein hinzukommendes Motorrad veranlaßte den frechen Jungen, das Rad hinzubrennen und zu verschwinden.

Neumarkt. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Abfahrt zu der am Sonntag in Lebus stattfindenden Fahnenweihe erfolgt 8.45 Uhr früh. Abmarsch 7½ Uhr. Sammelplatz: „Zum Gelben Löwen“. Regie Beteiligung wird erwarten.

Socialdemokratische Partei. Die nächste Mitgliederversammlung mit familiärer Befallensein, in welcher ein äußerst wichtiger Vortrag gehalten wird, findet am Sonntag, 14. Juni, abends 8 Uhr, im Bierhaus „Zum Gelben Löwen“ statt. Wir weisen schon heut hierauf besonders hin.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die pregejektive Verantwortung übernehmen.

Die Redaktion.
Der „Wollzwacht“-Bericht über das Arbeiter-Sängerkonzert bestätigt den verhältnismäßig schwachen Besuch durch die Breslauer Arbeiterchaft. Tatsächlich ist ja die Besucherzahl, obgleich sie die Jahrhunderthalle nicht füllte, zum Teil noch aus der Provinz zusammengetrieben. So daß von Breslauer Arbeiterbürgern höchstens die Hälfte der erwarteten Zahl dagegen sein kann. Das liegt aber nicht an der Breslauer Arbeiterstadt, sondern an der Preisberechnung der Arbeiterkonzerte. Die billigen Plätze zu 75 Pfennig waren schon lange vor Beginn des Konzerts überfüllt. Seit sans leer geboten und nur die zahlreichen Bänke, auf denen jeder Platz 1,50 Mark kostete. Das ist doch aber wirklich für ein Arbeiterkonzert zu teuer. Ich habe mit meiner Frau das Konzert besucht und 2 Mark für zwei Plätze in der mittleren Preisstufe ausgegeben müssen. Dazu kommen wohl nicht nur bei mir 50 Pfennig für Straßenbahnfahrt und Rückfahrt, da ja die Jahrhunderthalle von den Arbeiterkonzerten sehr weit entfernt. Das Programm kostete 75 Pfennig und eine Blaue Brunnens in der Jahrhunderthalle (Soller gab es nicht mehr) 50 Pfennig. So hat das Konzert in der Jahrhunderthalle bereits 3,80 Mark gekostet, obgleich es nur die kleinen Nachmittagskinder ausfüllte. Auf den sehr schlechten Plätzen aber ein Arbeiterpreis sogar 4,50 Mark zu zahlen, ist bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage unerträglich und auch erheblich teurer, als Konzerte und sonst geboten werden. Z.B. im Gewerkschaftshaus im Winter, wo doch zahlreiche Berufsmilitärs mitwirken, Instrumente beschafft werden um. Vielleicht hätte sich eine bescheidene Benutzung der Preise besser rentiert!

Der Tanz des Vaterlandes.

Wie der Tanz des Vaterlandes gewick ist, beweisen diese Zeilen. Ich bin Lungenkrank, erkrankt mit 20 Prozent und reicht mit 30 Prozent Kriegsbeschädigung anerkannt. Ich fühle diesen Prozentsatz als zu niedrig, da ich dauernd in ärztlicher Behandlung stand und auch auf neuen Rente verteilt, erwerbsunfähig war, wovon ich die längste Zeit in Lungenkranken verbrachte. 1923 wurde mit die Rente ganz entzogen, mit der Begründung, daß mein Leben zu gering ist. Als ich sofort Renten eintrat, hat Herr Professor Gebel bestätigt, daß mein Zustand positiv ist, und somit hatte ich die Rente von 30 Prozent wieder erlangt. Als ich kürzlich wieder mit meinenungen wohnsong vom Arzt erwerbsunfähig gekürzt wurde, bestätigte er mir im Zeugnis auf Grund der Durchleuchtung die Erwerbsbeschädigung auf 60 Prozent, trotz Arbeitsauslösung. Auf mein Zeugnis mit beiden Zeugnissen auf Rentenabnahme wurde ich vom Verborgungsamt unterdrückt; in dem er meine wollenen Unterschriften mitwag, protokolliert, er mir ein gutes Gewicht, während ich früher immer mit nackten Oberkörpern gegangen wurde. Und jetzt bekomme ich den eisernen Beschluß, daß meine Rente wie früher mit dreißig Prozent hoch genug bewertet ist. Ist der behandelnde Arzt machend, ob der Verborgungsamt, der mich 10 Minuten lang sieht?

Einladung an den Rundfunk. Ich bin Lungenkrank, erkrankt mit 20 Prozent Kriegsbeschädigung anerkannt. Ich fühle diesen Prozentsatz als zu niedrig, da ich dauernd in ärztlicher Behandlung stand und auch auf neuen Rente verteilt, erwerbsunfähig war, wovon ich die längste Zeit in Lungenkranken verbrachte. 1923 wurde mit die Rente ganz entzogen, mit der Begründung, daß mein Leben zu gering ist. Als ich sofort Renten eintrat, hat Herr Professor Gebel bestätigt, daß mein Zustand positiv ist, und somit hatte ich die Rente von 30 Prozent wieder erlangt. Als ich kürzlich wieder mit meinenungen wohnsong vom Arzt erwerbsunfähig gekürzt wurde, bestätigte er mir im Zeugnis auf Grund der Durchleuchtung die Erwerbsbeschädigung auf 60 Prozent, trotz Arbeitsauslösung. Auf mein Zeugnis mit beiden Zeugnissen auf Rentenabnahme wurde ich vom Verborgungsamt unterdrückt; in dem er meine wollenen Unterschriften mitwag, protokolliert, er mir ein gutes Gewicht, während ich früher immer mit nackten Oberkörpern gegangen war. Und jetzt bekomme ich den eisernen Beschluß, daß meine Rente wie früher mit dreißig Prozent hoch genug bewertet ist. Ist der behandelnde Arzt machend, ob der Verborgungsamt, der mich 10 Minuten lang sieht?

Ein lassiger Briefsteller.

Aus Osnabrück wird eine heitere Beitragsmeldung berichtet, die an die Geschichte des Haupmanns von Köpenick erinnert: sie ereignete sich dieser Tage in Preußisch-Ostpreußen. In die dortige Stadt kam vor 14 Tagen ein Kurkistenspazier. Er zeigte einen ungewöhnlichen Arbeitseifer, hielt die Strandkäufe ab, führte Professions, las, schrieb und sprach erstaunliche Geschichten. Zum Schlüsse stellte ihn jedoch heraus, daß der angebliche Strand ein ungeheimer Beiträger ist. Es handelt sich um den 25-jährigen Theodor Sporn. Sein Juwelkoffer bot ihm zu wenig Gelegenheit zu geistiger Anregung und so benötigte er die als Laienbrüder in einer Jugend erlernten geistlichen Kenntnisse, um als Theologe die freien Schwindelkästen zu verhindern. Mit der Freizeit beschäftigte er sich mit dem Juwelkoffer zu verhindern. Wie er im Jahre 1922 einen neuen Juwelkoffer bestellte, um den alten auszutauschen, ist nicht bekannt.

Der französische Rundfunk kann keinem.

W. im Alter von 80 Jahren gehörten. Rundfunk war damals durch seine „revolutionäre“ Wirkung sehr beliebt. Man erkannte, daß die etwas andere Wirkung des Rundfunkes sehr populär geworden war. Unter keinen Preis wären Menschen diese Gedanken und beobachteten sie mit Spannung.



Der ATA-Angel ist vergnügt,
Dai seine Arbeit nur so fliegt:
In heller Freude ruft er aus:
ATA gehört in jedes Haus!
ATA putzt und reinigt alles!



Lieben Herren!
Der Kaffee ist bereit.
Kaffee zu jeder Zeit
zu jedem Preis.



Stiebler's Röstkaffee

Hundertanende trauen unsre vorzüglichen Qualitäts-Mischungen.

Machen auch Sie bitte einen Versuch, Sie werden damit sehr zufrieden gestellt.

Nr. 4 Hotel-Mischung	1/2 kg	3.88
Nr. 5 Karlsbader Mischung	1/2 -	3.80
Nr. 6 Karlsbader Chel-Mischung	1/2 -	4.20
Nr. 8 Hochland-Mischung	1/2 -	4.40
Nr. 9 Dianat-Mischung	1/2 -	4.60

Kunststoff-Mischungen

1/2 kg 2.80, 3.00 u. 3.20

Nun aufgenommen!
Allein-Verkauf für Breslau!

Desa-Milch!

für Säuglinge, Kinder und schwächliche Kinder täglich empfohlen!

	I 125 g	II 200 g	III 200 g	IV 300 g
ergl. fl.	0.18	0.28	0.28	0.48

Fruchtsäfte

Zimbergeist, fein aromatisch, die 1 kg.-fl. 1.50

Zitronen-Gesel mit Zunder und Fruchtstück, zur Bereitung von

Zitronen-Limonade naturell! fl. 1/2 fl. 0.70 1/2 fl. 1.10 1/2 fl. 1.80

Granatapfelsaft "Grenadine" 1 fl. -fl. 4.25

Seinfrost

Schneiger-Säge, groß gezähnt	1/2 kg	1.40
Chamomile und Tilia-Säge	1/2 -	1.00
Sal. Gummisäge	1/2 -	0.90
Räumungsangebote	1/2 -	0.26
Seemarke	1/2 -	1.78
Seeblickschwert u. Schwämme	1/2 -	0.20
Mollerei-Zeigfalter	1/2 -	1.90
Reiner Granatsafteinhalt	1/2 -	0.18
Reiterscharte, kleinste Qualität	1/2 kg	0.25
Haussaftsaus	1/2 kg	2.20
Futter-Schäfchen	1/2 -	0.38

Breslauer Kaffee-Rösterei

Otto Stiebler

Breslau, Zwingerplatz 5, und 26 Filialen.
Größtes Import- u. Verhandlungshaus im Osten Deutschlands.

Dickerle und Wohnenstange

auf der Weltwiese



Das wahre Kinderspiel

Das wahre Kinderspiel ist das einzige wahrhaftige Kinderspiel.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.

Das wahre Kinderspiel ist das einzige Kinderspiel, das auf dem Kindergarten spielt.</

Freitag, den 5. Juni 1925

1. DEBATE ZUR STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Stadtverordnetenversammlung, 1925, Nr. 26

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Sekretariat, Nummer 26

Telefon: Ohe 5652.

District 6. Wichtige Distriktsversammlung am Montag, den 8. Juni, bei Olaser, Berlitzstraße 22.

District 14. Montag, den 8. Juni, findet bei Graf-Westendstraße 37, eine wichtige Distriktsversammlung statt.

District 17. Wegen Erledigung wichtiger Angelegenheiten findet am Montag im Hotel "Metzke Warte", Oswitzer Straße 1, eine Distriktsversammlung statt.

District 23. Sonnabend, 6. Juni, wichtige Funktionärerversammlung bei Koslowksi, Uferstraße 26.

District 26. Montag, den 8. Juni, bei Graßlitz, Lößstr. 13, wichtige Distriktsversammlung. Käffner haben am Sonnabend die Märtter beim Distriktsführer abzuholen.

District 40. Sonnabend, den 6. Juni, abends 7½ Uhr, beim Genossen Hörrich, Kreuzstr. 63, wichtige Funktionärerversammlung. Sämtliche Funktionäre haben bestimmt zu erscheinen.

Arbeiter-Jugend-Funktionäre. Montag abend um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Sitzung.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 5. Juni.

Die Kleingartenbaubewegung.

Durch die städtische Bevölkerung und ganz besonders durch die Massen des Proletariats in der Groß- und Kleinstadt geht seit Jahren nicht nur ein tiefer Schuh nach Natur, nach Wald, Wiese, Wasser und frischer Luft, sondern auch ein starker Drang zur Betätigung in der fr. a. Natur, nach Arbeit auf einem südlichen Acker- und Garten-land. So kam es, daß im Laufe der letzten Jahre, natürlich auch in enger Verbindung mit der Hungersnot der Kriegs- und Nachkriegszeit, die Kleingartensbewegung in Deutschland sich zu einer Massen- und Volksbewegung entwickelte. Immer stärker wird in der Arbeitnehmerklasse der Wille lebendig, auch dem Kleingartenbesitzer Gelegenheit zu geben, nach Freizeit und innerhalb eines selbst geplanten Gartens zu bewegen und zu betätigen. Die wirtschaftlichen und soziopsychologischen Vorteile dieser neuen Kleingartensbewegung sind nur zu erkennen; sie brauchen keine weitere Förderung. Verbesserung der Nahrungsmittelbedarfe, Erhöhung der Gesundheit, Erfüllung des Gemüts — alles Dinge, aufs umgste zu wünschen.

"Zurück zur Natur!" Das ist heute die Parole der durch Hungersnot und Nahrungsmittelknappheit bedrohten Massen. Im Vergleich zu der üblehr großer Teile der Bevölkerung von landwirtschaftlicher Betätigung um die Wende des Jahrhunderts hat sich ein tiefschlagender Wendel vollzogen. Noch im vorigen Jahrzehnt war es z. B. dem Atemamt in Frankfurt/M. trotz großer Mühe nicht möglich, sein an der Idiotenstrasse gelegene Gelände an minderbemittelte Familien zu verpachten. Erst dem Eingreifen und der Befreiung zweier sozialdemokratischer Stadtverordneter gelang das Kunftstück der Verpachtung. Was da nur unter den größten Schwierigkeiten eingeleitet werden konnte, wurde dann zur Grundlage für den jetzt über 1000 Mitglieder jährlenden Kleingartenbauverein Frankfurt-Westend. Der Zusammenschluß, der sich nunmehr über das ganze Reich erstreckt, Bewegung zu einer einheitlichen Reichsorganisation stieß anfangs, wie alle gefundenen und vernünftigen Bemühungen, auf Schwierigkeiten. Teilweise sind die Hindernisse doch heute bereits überwunden. Nach dem Bericht der "Kleingartensmacht" beträgt die gesamte Mitgliederzahl des Reichsverbandes der Kleingartenbauvereine Deutschlands ungefähr 40000 Familien — eine stattliche Zahl.

Die regenreiche Tätigkeit des Reichsverbandes dient der Aufmerksamkeit und Förderung der gezeigenden Körperschaften. Im preußischen Landtag finden die Freunde der Kleingartensbewegung bei ihrem Befehren, der Bereitstellung von Gartenland eine gerechte Grundlage zu geben, bei der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eifige Förderung. Wohl kommen die in dem Entwurf des Wohlfahrtsministers vom 12. September 1924 aufgestellten Grundätze, nach welchen die Gemeinden auf der Grundlage des Ausführungsgeges und der Ausführungsbestimmungen im Reichsheimstättengesetz außer Wohnheimstättengebieten auch Gartenheimstättengebiete ausweisen sollen, den vorhandenen Bedürfnissen, soweit das gestellte Recht es zuläßt, in anerkennenswerter Weise entgegen. Allein für mittel- und großstädtische Verhältnisse erscheint Verjährung und Rechtsgrundlage nicht ausreichend. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags fordert deshalb vom Staatsministerium unter Benutzung der Eingabe des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands "Grundlagen für ein preußisches Haus- und Kleingartengesetz" zu prüfen, ob nicht im Sinne dieser Eingabe noch ein besonderes Gesetz herauszugeben ist. Eine etwaige Gesetzesvorlage muß sobald als möglich dem Landtag vorgelegt werden.

Die Ziele der Kleingartensbewegung und ihre gesetzliche Sicherung werden um so leichter verwirklicht werden, je mehr von den Regierungen großzügige Entschließungen erlassen werden. Nicht eine Rechtsabstafregierung unter Führung der Junta kann der Kleingartensbewegung etwas nützen. Die Schaltung und Festigung des Kabinetts Braun liegt deshalb nur zu sehr im Interesse jener ungeschlüssigen Familien des Proletariats und des kleinen Mittelstandes, die sich nach einem Stückchen Gartenland sehnen.

Rentnereselend.

Seit mehreren Jahren wohnt Lößstrasse 56 in einem kleinen Stübchen die Rentnerin Anna Klapper. Da die lange Reise zur Besichtigung ihres Lebensunterhaltes nicht ausreichte, ging sie noch einem Erwerb nach, bis ihr geschwächter Körper einer Krankheit anheimfiel und mit dieser ein Stück ihres ärmlichen Besitzes nach dem anderen dem Verluste. Jemand hatte ihr nur erzählt, daß die Armen bzw. Wohlfahrtsanstalt in Breslau besser als in Breslau sei, und da sie hier keine Unterstützung bekam, sah sie den Entschluß, nach Liegnitz überzufallen. Auf ihre kleine Wohnung hatte bereits ein ehemaliger Knecht ein Auge geworfen; es sollte ein sogenannter Wohnungszuschuß stattfinden. Aber der armen Frau fehlte das befeiste Dasein in Liegnitz geworden; der dortige Magistrat hatte den Unterstützungsantrag abgelehnt. Das Liegnitzer Landgericht stand aber auf Erfüllung des bereits abgeschlossenen Zuschusses, plägte auf Räumung und befahl recht. Infolgedessen erschien am 25. Mai bei der alten Rentnerin der — Geschäftsschreiber und ermittelt sie.

Zehn solle Tage und Nächte verbrachte nun die alte Frau liegend auf dem kalten Haustür, umgeben von ihrem gehobenen Hausrat. Zu ihrem Leid gefielten sich gehobene Leute, so daß sie den Hausrat nicht verloren konnten. Mitfühlende Bewohner des Hauses gaben ihr Speise und Trank und schenkten sie vor dem — Verjährungen. Am 3. Juni, gegen 4 Uhr nachmittags, wurde sie endlich aus ihrer miserablen Lage befreit. Wenige Minuten später war die Schulde erfüllt, schien nicht ganz höher zu sein. Wie die "Sächsische Volkszeitung" erfuhr, soll sie die Frau geweckt haben, in ein Armen- oder Krankenhaus zu gehen. Tatsächlich erscheint es uns unverständlich, daß erst nach Tagen der alten Frau Hilfe gesucht worden ist.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die Arbeit der Stadträte bestand gestern in der fast debattierten Annahme von kleinen Vorlagen und in der Beredsamkeit zahlreicher Einzelhaushaltspläne, die aus dem Ausschuß kamen.

Eine sehr bezügliche Debatte über letzte bei einer Magistratsmitteilung über Fragen des Vieh-Hutes und des Wohnungsbaus ein. Die Haushalte und Bauten, die offenbar dabei vollkommen ist offenes Herz. Die Herrschaften sind jetzt sowohl, daß sie der Mieterschaft und dem gemeinnützigen Bauwesen offen den Krieg erklären können. Der deutsch-nationale Dr. Bujakowski ist für höchstens 15 Prozent Hypothekenauflösung, vorläufig 130 Prozent Friedensmiete und gänzliche Befreiung der Privatbautätigkeit von Steuern. Wenn so der Haushalt wieder zu einem lohnenden Gewerbe wird, dann wird sich nach seiner Meinung die Bautätigkeit heben. Der Volksparteier Halpaap tritt es noch schärfer, denn nicht nur, daß er die gleichen Ansichten vertrat, zog er im Schlusswort auch gegen die Bauhütten kräftig vom Leder. Die Bauhütten betragen heut 1,8 des Friedenspreises. Die Bauhütten bringen die Löhne in die Höhe. Streits, durch die der Privatbau geschädigt wird, gibt es bei ihnen nicht, weil sie alles bewilligen. Auch der Abstundentag verteuert das Bauen, wir müssen zum Neustundentag kommen. Die Bauhüttenfrage ist zusammengebrochen.

Ja, so ist's! Die Bauhütten entwickeln sich zwar gesund und kräftig, die Breslauer Bauhütte beschäftigt zum Beispiel 420 Leute, aber die Bauhüttenfrage ist zusammengebrochen — nämlich für die Unternehmer. Man hatte wohl geglaubt, die Bauhütten würden, den Spuren der Privatunternehmer folgend, nie zu besonderer Bedeutung kommen. Diese Hoffnung ist zudem mehrgeschritten.

Genosse Voigt, der erst zur Sache sprach, gab es später Herrn Halpaap in einer persönlichen Bemerkung zurück. Während die Bauhütten den Tariflohn zahlen, suchen sich die Privatunternehmer zurzeit gegenwärtig die Märtter durch hohe Lohn- und Akkordverhandlungen abzutreiben. Zuletzt gab es eine sehr langwellige Debatte über den Fall Mayer, bei welcher Gelegenheit die Bölkischen, Staatsanwalt Speer und Rechtsanwalt Grisch, auch gleich den "Fall Preßler" von der Kommunalbank anschnitten, und dabei erliefen sie, daß sie beide schlechte Juristen sind. Oberbürgermeister Dr. Wagner wandte sich ganz entschieden gegen den sensationslüsternen "Generalanzeiger", der durch seinen Artikel über die Vorgänge bei der Kommunalbank lauter unbewiesene Behauptungen wiederholte, sondern auch das Ansehen der Stadt geschädigt hat, indem er es so darstellte, als ob die Kommunalbank mit der Stadt Breslau etwas zu tun habe. Gegen Stadtrat Preßler, der bei der Kommunalbank nebenamtlich tätig ist, hat zwar der Staatsanwalt die Voruntersuchung beantragt, aber noch keine einzige Vernehmung des Beschuldigten ist erfolgt.

Unscheinbar liegt demnach der Fall so, wie wir es bald zuerst gesetzt haben, daß Herr Preßler weder gegen das Gesetz, noch gegen die bürgerliche Moral verstößen hat, daß aber sein Fall allen Hungerleidern zu denken geben soll. In der Privatwirtschaft sind solche Fälle großer Gefahren an leitende Personen gang und gäbe, ohne daß davon etwas nach außen dringt. Und die Masse hungert, weil es auf anständige Löhne nicht reichen will.

Eine Warnung an die Diaconissenanstalt Bethanien.

Stadt. Wolf (Soz.) begründete den Anschlußantrag, die von kommunistischer Seite angeregte Einrichtung von Jahrmarkten nicht vorzunehmen. Er wies dabei auf die Notwendigkeit hin, den Jahrmarkt mehr als bisher zu schonen. Den Bedürfnissen des ambulanten Handels werde auch das Prinzip in Pößnitz gerecht. Eine etwaige Gesetzesvorlage muß sobald als möglich dem Landtag vorgelegt werden.

Keine Jahrmarkte in Breslau.

Stadt. Dars (Soz.) begründete den Anschlußantrag, die von kommunistischer Seite angeregte Einrichtung von Jahrmarkten nicht vorzunehmen. Er wies dabei auf die Notwendigkeit hin, den Jahrmarkt mehr als bisher zu schonen. Den Bedürfnissen des ambulanten Handels werde auch das Prinzip in Pößnitz gerecht.

Stadt. Mojer (Komm.) versuchte nochmals, seine Anregungen zu retten. Aber nicht einmal ein Zukunftsantrag allgemeiner Natur sond die zur Beratung notwendige Unterstützung.

Stadtrat Cohn wies gegenüber den kommunistischen Bevölkerungen aus verschieden Schwierigkeiten hin. Einmal liege für regelmäßige Jahrmarkte in der Großstadt kein Bedürfnis vor, darüber hinaus seien oder neue Jahrmarkte nur sehr schwierig auszuführen.

Der Schutz der möblierten vermieteten Räume.

Stadt. Halpaap (Bpt.) berichtete über das Magistratschreiben, in dem der Magistrat Beschlüsse der Verbandsleitung bezüglich des Schutzes der möblierten vermieteten Räume abgibt. Der Magistrat begründet seine Stellungnahme folgendermaßen: Die Bewohner möblierter Zimmer sind ausreichend durch Ministerialerlaß geschützt. Denn die Wohnungsgewaltswirthschaft dient in allen den Fällen fort, in denen der möbliert vermieteten Räumen ein selbständiges Haushalt geführt werden darf. Die Möglichkeiten einer Beschädigung haben sich im Laufe einer schwäbischen Wohnungsgewaltswirthschaft sehr völlig erhöht. Dagegen ist es weiterhin notwendig, daß die Vermietung bisher zu Wohnzwecken benützte möblierte Räume für gewerbliche Zwecke verboden wird. Auch die Regierung hat sich dieser Ansicht angeschlossen, doch steht vom Ministerium die Entscheidung noch aus. Hinsichtlich des Neubaus des Wohnungsunternehmens, das in vollem Umfang dem hiesigen Wohnungsbau zugeführt werden soll, haben Vertreter des Polizeipräsidiums angesichts der hohen Belastung ihres Büros in Breslau anerkannt, daß die Wohnungsnot der Stadt Breslau eine besondere Unterbringung benötigt. Eine weitgehende Verstärkung der badischen Unterkünfte ist nach Magistrat zu dem preußischen Staate zur Verfügung stehenden Mitteln zu geleistet werden. Begegnung der Gewährung von Baugenehmigungen ist der Magistrat mit einer Reihe von Versicherungsinstitutionen und der Sparkasse in Verbindung gekommen, und sind für die nächste Zeit keine kennzeichnenden Mittel zu erlangen und es wird allein von der Haltung der Städte Sparkasse abhängen, ob dem dringenden Realreditbedürfnis für den Wohnungsbau entsprochen werden kann. Mit den Angaben der Steuererleichterungen für den Wohnungsbau hat sich auch der Deutsche und der Sächsische Städtebund befürbt. Für ein selbständiges Vorhaben der Gemeinde kommt mir noch die

städtische Verzinsungssteuerordnung in Betracht, deren mögliche Erleichterungen vom Magistrat zu prüfen warden.

Stadt. Bujakowski (Dmt.) brach eine Parole für die armen notleidenden Haushalte. Nur der private Wohnungsbau könne das Wohnungsleid beenden. Allerdings müßten diese privaten Bauten möglichst frei und frei bleiben!

Stadt. Voigt (Soz.) wies darauf hin, daß auch eine Steuerfreiheit keine Erleichterung des Wohnungsbaues bedeutet, solange das notwendige Kapital fehlt. Zweifelsohne müssen überall dort steuerliche Erleichterungen gegeben werden, wo eine Gewähr besteht, daß zu errichtigen Mietshäuser gebaut wird. Dagegen liegt die von den Deutsch-nationalen gewünschte Steuerfreiheit lediglich im Interesse der Unternehmer. Diese Mietzinsbildung würde eine ungemeine Steigerung des Mietzinses zur Folge haben. So lange aber noch Fälle möglich sind, wie ein vom Redner erwähnt, daß in einem Raum 11 Menschen, Erwachsene und Kinder, ohne Bett auf Strohschütteln hausen müßen, darf nicht an eine Erfüllung der Wünsche privater Unternehmer gedacht werden. Erhöhen Sie die Löhne, schaffen Sie erträgliche Arbeitsverhältnisse, dann erst können höhere Mieten geahnt werden!

Stadt. Heitberg (Dem.) und mit ihm Redner anderer bürgerlicher Parteien glauben, daß es ohne eine private Bau-tätigkeit nicht gehen wird. Der Privatunternehmer arbeitet aber nur, wenn er einen Profit davon hat!

Stadt. Halpaap (Bpt.) offenbarte in seinem Schlußwort nochmals die eigentlichen Wünsche der Bauunternehmer. Mit dem Abstundentag komme man nicht vorwärts. Wenn die Bauarbeiter nun Stunden arbeiten, dann siehe sich das Wohnungselend schneller beseitigen. (Sie meinten, Herr Halpaap, dann würden die Bauunternehmer einen größeren Profit haben!) Fall Mayer und Fall Preßler.

Stadt. Wagner (Dem.) berichtete für den Untersuchungsausschuß Mayer über den Gang der Beiträge und über Mayer's Person. Von besonderem Interesse war seine sicherlich nicht absichtliche, aber um so deutlichere Bemerkung, während des Krieges, draußen im Felde, habe sich ancheinend der erste Bruch in Mayers Leben ereignet, der ihn auf die verbrecherische Laufbahn führte! Der Untersuchungsausschuß empfiehlt zur Verhütung ähnlicher Vorfälle dem Magistrat, dafür zu sorgen, daß

1. in Zukunft Geldabhebungen bei der Stadthauptkasse nur bei gleichzeitiger Vorlegung ordnungsmäßig geprüft, vor mindestens zwei Beamten beobachteter Sortenzettel, der zugehörigen Vorräte und gegebenenfalls auch des entsprechenden Buchungsbeleges erfolgen dürfen. Ohne die vorgeschriebene Mitwirkung des zuständigen Buchhalters, insbesondere ohne die durch entsprechenden Beurkundung befürchtende Eintragung im Kostenbuch, sind Auszahlungen in seinem Falle zulässig;

2. monatlich mindestens einmal eine Vergleichung der im Manual verdausgeben bzw. auf die einzelnen Kästchen übertragenen Summen mit den Eintragungen in den Lohn- und Gehaltslisten, sowie eine sachliche Prüfung der Ausgaben vorgenommen wird;

3. die von der Stadthauptkasse erlassenen Anordnungen bez. die Sicherheit im Kassen- und Rechnungsverkehr unverzüglich ausgeprüft und in Zukunft nur vom Deputirten verantwortlich erlassen werden;

4. bei den Auszahlungen der Stadthauptkasse und der von ihr abhängenden Stellen auf hauptsächlichste Kästchen der Kassenbeauftragten Bedacht genommen wird und die Urlaubspläne der Kassenbeamten so gestaltet werden, daß an jeder Arbeitsstelle zwangsläufig eine mehrwöchige Verzettelung stattfindet;

5. eine durchgreifende Ausweitung des Personals der Stadthauptkasse und des Rechnungsausentes — soweit es sich offensichtlich seiner Auflage nicht gewachsen gezeigt hat — erfolgt und

6. endlich auf Grund der Feststellungen des Untersuchungsausschusses und der Ergebnisse des gerichtlichen Verfahrens eine Bestrafung derjenigen Beamten nach Maßgabe ihrer Verfehlungen im gleichzeitigen Disziplinarweg erfolgt, welche durch Aufsichtslauf der bei der Abhebung und der Kontrolle zu beobachtenden Vorchristen die Verfehlungen des Mayer ermöglicht oder begünstigt haben. Die Namen der schuldigen Beamten und die Art der Bestrafung erläutern wir zu gegebener Zeit der Stadtverordneten-Versammlung mitzutun.

Stadt. Grisch (Deutschösisch) trug den angehörenden Sensationsgeschichten der Rechtsradikalen sofort Rechnung, indem er den Fall Preßler in die Debatte hineinzog.

Der Oberbürgermeister lehnte es ab, die Angelegenheit Preßler in irgend einen Zusammenhang mit dem Fall Mayer zu bringen. Die Kommunalbank sei keine städtische Einrichtung und habe mit der Stadt keinen Zusammenhang. Durch einen Artikel in einer hiesigen Zeitung werde in ganz Deutschland der Eindruck erweckt, als ob es sich um eine städtische Angelegenheit handele. Stadtrat Preßler sei nur im Nebenamt an der Kommunalbank beschäftigt, und zwar als Verbandsvorsteher des Hessischen Giro-Vereins. Er selbst habe ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt, doch habe der Regierungspräsident keinen Anlaß für ein solches gefunden.

Nach einer Mitteilung des Oberstaatsanwalts sei gegen den Stadtrat die Voruntersuchung beantragt, eine Verneidung habe noch nicht stattgefunden und darum dürfe man sich kein Urteil erlauben. Er bitte die Bürgerstadt, den Stadtrat nicht über einen Mann zu brechen, bevor das Gericht gesprochen habe. Wenn Stadtrat Preßler schuldig ist, so wird er seiner Bestrafung nicht entgehen, ist er nicht schuldig, so ist das gegen ihn vorgebrachte eine sehr schlimme Sache.

Stadt. Siegle (Soz.) betonte im Namen seiner Fraktion, daß ancheinend eine persönliche Meinung gegen Stadtrat Preßler die Debatte herantrieben haben. Wir haben oft gegen Preßler Jagd gemacht müssen, eine derartige Kampfesweise, wie sie sie heute bei den Bölkischen wieder zeigte, machen wir nicht mit. Es sei eigenartig, daß gerade zwei Juristen (Dr. Grisch und Dr. Speer von der völkischen Fraktion) hier in einem schwäbischen Bezirk eingreifen wollen. Man darf jetzt über Preßler noch nicht urteilen, sondern muß abwarten.

Stadt. Heitberg (Dem.) und Stadt. Wolf (Gr.) hellten sich auf denselben Standpunkt.

Ein Schlußantrag zum Brachte die Bölkischen zur Einigung, daß sie wieder einmal die Herkunftsstellen annehmen. In der Abstimmung wurden die Vorstöße der Untersuchungskommission angenommen.

In dem Ausdruck V. wurde die Aenderung der Bedingungen des Sonderabfindes durch die Elektrofahrzeuge berichtet, in den Ausdruck VIII. der Haushaltspolitik der Stadtbürokrat bestätigt. Diese Ausdrücke angenommen wurden die Vorlagen, befreitend Erneuerung eines Grundstückes in Klein-Gericht und Erneuerung von Klein-Gericht. Einrichung der Regierung des Städtebundes, Einrichtung von Dienstleistungen im Grundstück Bereich 30. Belebung von Dienstleistungen, Förderung eines kleinen Dorfes in Höhe von 50.000 Mark für die Schlesische Landesförderung. G. m. b. H. sowie die Bildung des Ausdrucks VIII. über die kleinste Einheitlichkeit der Haushaltspolitik. Die Befreiung der Haushaltspolitik und G. m. b. H. sowie die Bildung des Ausdrucks VIII. über die kleinste Einheitlichkeit der Haushaltspolitik. Die Befreiung der Haushaltspolitik und G. m. b. H. sowie die Bildung des Ausdrucks VIII. über die kleinste Einheitlichkeit der Haushaltspolitik. Die Befreiung der Haushaltspolitik und G. m. b. H. sowie die Bildung des Ausdrucks VIII

Stadttheater.
Freitag 7½ Uhr:
„Der Jahrmarkt von Gorodischin“
Herauf:
Silder einer Ausstellung.
Samstagabend 7½ Uhr:
„Margarete“ (Kauf)
Samstagabend 8 Uhr:
1000 Jahrfeier des Reichs-
Verbundes der Freien Länder
„Die Meistersinger von Nürnberg“
Komödie und S. off.
(Sieg, Blautele)
Samstagabend 8 Uhr:
„Tiefbau“

Lobe-Theater.
Tel. R. 6774 u. R. 6770.
Freitag, Samstag 8 Uhr:
David und Goliath
Komödie von Georg Kaiser.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telefon Ring 2545
Täglich 8 Uhr: 2631
„Anneliese von Dessau“
Samstag nachm. 3½ Uhr:
Kaija, die Tänzerin.

Thalia-Theater
Heute 8 Uhr z. 1. Akt. Male
die gänse Gruselik
„Greifswald“
Morgen nach 1. Akt.:
der große Landschuliger
Hans und Henning.
2639

Worbüro
KONTAKT

Zeitweise elegante
Friedrich 2631
H. Mohaupt
Rathstraße 1, Tel. St. 1301
zurzeit abbrechbar.

W. im 1. Akt:
MIT MUSIKALISCHEM
Prolog und Gesang von
Konzertsänger Schmidflug.

2674 Im Beiprogramm:
Anfang: Der Wundschuhquirl.
Sonntag 4½ Uhr:
Sommer 3 Uhr: Große Kinder-Vorstellung,
des Ohrwurm Programms. 2631
Einlass 2 Uhr: Eintritt nur 30 Pf.

KAISER-WILHELM
THEATER
2635

Ber drifice Alarm
7 große Akte.
Ferner:
Der Roman einer leichtsinnigen Frau:
Über dem Abgrund
6 große Akte.

Im Oberwasser
versetzen die Dampfer
am **Sonntag, den 7. Juni 1925,**
von früh 5 Uhr ab, vom
Neustadt (Potsdam) und Süder-Bin
alle 20 Minuten nach Wittenbergen u. zurück.
Rudolf Ketteler.

Dreiderei Bollwerk
Blaue, grüne und rote
Dreidreie, aller Zweck
besteht darin, bei jeder Gelegenheit
Breslau 2, Blaue Straße 4/6.

Um die Rebeleien verhindern, dass diese, so die Meinung: Was ist das? — Riedelser Straße 41 — Sonnenweg: Straße 4 — Drei um Berge der „Bollwerk“ Co. m. b. H. GmbH in Breslau.

BRESLAUER
WELT-BUCH

Friedr.-Wilhelm-Straße 35 (vorm. Marmorhaus).
Das hervorragende
Doppelprogramm!
Der gewaltigste
Kriminalroman
des Jahres:

der Goldmarder
nach der
Detektivverzählung:
„Der Postraub auf der Enfrepise.“
Ferner:
Das schöne Abenteuer.
Das buntbewegte
Lebensschicksal einer modernen Frau.

Schlesisches Landesorchestrier
Heute Freitag, abends 7½ Uhr:
sudpark - Konzert
2667 Wagner-Lortzing-Absatz
Leitung: W. Maudry. Eintritt: 60 Pf.

Liebich-Theater

Täglich 8 Uhr:
!! Der Sensations-Erfolg !!
Gastspiel

Hartstein



Der Stolz der 3. Kompanie
und das
Internationale Varieté-Programm

Berücksichtigt unsere Interessen!

Dampferverkehr
im Unterwasser.

am Sonntag, den 7. Juni.

Nach Schwerin ab 5 Uhr ab sindlich.

Nach Münchwitz, Sonntag, vorw. 6 Uhr 30 Min.

— 11 — 30 —

— nachm. 3 — 30 —

Rückkehr ab Sandberg vorw. 8 Uhr 30 Min.

Münchwitz — 9 —

Sandberg nachmittags 1 — 30 Min.

Münchwitz — 2 —

Sandberg abends 8 — 30 Min.

Münchwitz abends 8 — 30 Min.

An den Wochenenden verkehren die Dampfer

um 2 Uhr nachmittags ab sindlich nach Schwerin.

Dagegen fährt um 3 Uhr ein Dampfer

nach Sandberg und zurück.

Rudolf Ketteler.

Ziehung unwiderruflich am 15. Juni 1925

1 Dreizimmer-Einrichtung

im Werte von **Mk. 3000**

für **1 Mark**

können Sie gewinnen durch Kauf eines Loses der

Kaufmannsheim-Wertlotterie

zum Ausbau des Erholungsheims „Waldfrieden“ in Krummhübel im Riesengebirge des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Weitere Hauptgewinne

1 Flügel im W. v. M. 2000 2 Motorräder i. W. v. M. 950
1 Silberkasten im W. v. M. 1000 2 Wäscheausstg. i. W. v. M. 1400
1 Zimm.-Einrichtg. im W. v. M. 900 1 Porzell.-Service i. W. v. M. 600
1 Klavier im W. v. M. 900 20 Markenfahrräd. i. W. v. M. 2700

Ferner:

50 Musikinstrumente i. W. v. M. 2000
130 Lederwaren, Wirtschaftsgegenstände i. W. v. M. 2600
250 Sportartikel, Radioapparate etc. i. W. v. M. 2500
1250 weitere Gewinne.

Lose à 1 Mark

sind zu haben bei:

Fa. Robert Arndt, Lotteriegeschäft, Neue Schweidnitzer Straße 2a
„B. Klement, „ C. Kretschmer, „ „ Albert Loeser, „ „
Ring 22 Schmiedebrücke 29b Ohlauer Straße 65
sowie bei den durch Plakate kenntlich gemachten staatlichen **Lotterie-Einnehmern** und anderen **Geschäften**. 5114

Hauptausgabe und Schriftverkehr: Kaufmannsheim, Breslau 1, Schuhbrücke 50/51.

Ziehung unwiderruflich am 15. Juni 1925

Ein Wort an alle Sommerurlauber!

▼

Sommerurlaub! Das Wort klingt wohl jedem wie Music in den Ohren. Ist es doch die Zeit der Erfüllung, lang ersehnter Erholung in Luft und Sonne, Wind und Wasser, Bergeshöhe, Feld, Wald und Wiesengrün. Ganz frei zu sein, wenn auch nur fürs Zeit im Jahre, einmal nur seiner eigenen Erholung leben zu können, jedem sei es gewünscht und gesönnt. Wie oft aber macht der launische Wettergott einen Strich durch die Rechnung, öffnet die Schleier des Himmels ergiebig und schellt oft für Tage ans Haus? Wer kennt nicht dieses Pech und die Langeweile an solchen Tagen in den fremden Sommerfrischen? Ein gutes Buch mitzuhaben, ist da einzigster Trost. Wer wirklich gut und unterhalten mag es sein, denn es soll Geschick sein an solchen Tagen. Mehr als Erfahrung, ja geistige Gewinn bietet ihnen mit nachfolgenden Büchern die Volkswirtschaftshandlung, Breslau III, Neue Graupenstraße 5. Die Bücher sind außerdem sehr billig, jeder Band nur 1.75 Mk., dabei aber auf gutem weißen Papier in klare Schrift gebrütt und in halbleinen gebunden.

Brassegel, Friedemann Bach . 479 S.
Dorfjäger, Der Spieler . . . 304 S.
Flaubert, Madame Bovary . 318 S.
Heribert, Salambo . 295 S.
Heine, Ardinghello . 357 S.
G. & M. Hoffmann, Die Claviger's Teufel . 351 S.
G. & M. Hoffmann, Rauchfünte . . . 380 S.

Götz, Ritter, Bürlicher Robellen . 395 S.
Götz, Ritter, Martin Salander . 316 S.
Gentkowitz, Das röde? . 318 S.
Giedhal, Die Liebaffin von Castro . . . 376 S.
Wallace, Ben Hur . 358 S.
Wilde, Das Bildnis des Dorian Gray . 325 S.

Meitere Bände auf einmal gegen begünstige Zeichnung!
Auswärts gegen Boreinführung zugänglich Porto!

Besitzt die Hindernisse des Spezialexamens Lernt die Weltsprache Esperanto,

die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

Preletariet! **Referentenführer.**

Eine Anleitung für sozialistische Redner. Preis nur 50 Pf. auswärts 10 Pf. Porto.

Volkswirtschaftshandlung (Volkswirtschaftshandlung)

Breslau III, Neue Graupenstraße 5

2. Beilage zur Volkswoche

Freitag, den 5. Juni 1925

Gewerkschaftsbewegung.

Mandathunger der Kommunisten zum Gewerkschaftsabgeordneten.

Der kommende Gewerkschaftsabgeordnete in Breslau macht den kommenden großen Sorge. Sie möchten natürlich auch hier eine Rolle spielen. Dazu gehört aber eine ziemlich große Anzahl von Mandaten, die sie unter gar keinen Umständen mehr aufzuringen können. Daher späten sie nach jeder Möglichkeit aus, um hier und da noch einen Delegierten durchzubringen zu können. Am ehesten erscheint ihnen die Situation im Metallarbeiterverband, wo nach der geltenden Wahlordnung schon ein Zehntel der Verbandsmitglieder das Recht hat, die Aufführung einer Einheitskandidatensuite zu verlangen. Für jeden Beirat wurde eine kommunistische Wahlleitung eingesetzt. Nur in Frankfurt, Hagen und Remscheid scheint man das Spiel von vorherher zu verloren zu halten, denn dort verzichtet man auf die Schaffung eines kommunistischen Wahlprojekts. Bis zum 31. Mai sollten in allen Bezirken die kommunistischen Kandidaten aufgestellt sein, was denen verlangt wurde, daß sie „nicht nur in jeder Hinsicht als einfach gute Kommunisten, sondern auch als wirklich befähigte Gewerkschafter bekannt sind“. Gute Kommunisten wird man ohne Zweifel gefunden haben. Ob es aber einen Kommunisten gibt, der ein guter Gewerkschafter ist, erkennt uns außerordentlich schwierig, und nach den Moskauer Institutionen für die KPD war unmöglich, denn dann darf kein guter Kommunist ein beständiger Gewerkschafter, er muß ein ausgezeichneter Gewerkschaftsverein sein. Die Kommunisten spekulieren auf eine Zersplitterung bei den wirtschaftlich guten Gewerkschaften, die sie mit einer zahlenmäßig kleinen Minderheit im Metallarbeiterverband überwumpeln hoffen. Unsre Genossen werden am 12. Juli den kommunistischen Wahlhelfern Hindenburgs, den Steigbügelschaltern der Reaktionäre und Monarchisten zeigen, daß sie niemals mehr in einem Arbeiterparlament eine Rolle spielen können. Auch die Metallarbeiter haben erkannt, daß nur gegen die kommunistischen Kreiereien die Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft hergestellt werden kann.

Der Tarifstreit im Versicherungsgewerbe

Ist jetzt endgültig beigelegt. Die beteiligten Parteien haben dem 14. Mai im Reichsarbeitsministerium gemachte Einigungsschluß zugestimmt. Mit Wirkung vom 1. Mai ab werden die Lohnsätze um 10 Prozent erhöht. Dieser Vortrag bedeutet gegenüber dem Schiedsgericht des tarifvertraglichen Reichs-Schlichtungsausschusses vom 28. April eine wesentliche Verbesserung. In diesem Schiedsgericht war mit Wirkung ab 1. April eine zehnprozentige Gehaltserhöhung vorgesehen. Ein anderes recht erhebliches Ergebnis der Angestelltenkraft besteht in der Bindung an die neuen Lohnsätze bis 30. September d. J. Die Lohnsätze bewegen sich in Berlin für Jugendliche und Lehrlinge zwischen 22,70 Mark bis 37,80 Mark, für Angestellte vom 1. bis 20. Lebensjahr 34 Mark bis 57,20 Mark und für Angestellte über 20 Jahre zwischen 110,15 Mark und 240,20 Mark je Monat. Die Sozialzulagen betragen 18 Mark. Die Lohnsätze bewegen sich zwischen 9,70 Mark und 16,20 Mark bei auswärtiger Beschäftigtheit.

Es ist nicht verwunderlich, wenn sich die Versicherungsangestellten über diesen Schiedsgericht in großer Erregung befinden. In allen Orten des Reiches laufen fortgesetzte Protestkundgebungen bei dem Zentralvorstand des ZDA in Berlin ein. Die Versicherungsgewerkschaften und das Reichsarbeitsministerium ziehen aus dieser Tatsache rechtzeitig die notwendigen Konsequenzen und zur Abwehr jeder Störung des Wirtschaftsvertrages für die Zukunft eine weniger brutale Lohnpolitik vorbereiten, für die Versicherungsangestellten aber erwähnt aus der ganzen Situation, in der sie sich gegenwärtig befinden, die will, sich mehr als bisher ihrer Organisation, dem Zentralverband der Angestellten anzuschließen, denn nur eine starke Gewerkschaft ist in der Lage, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Ergebnislose Verhandlungen über die Schaffung eines Reichstarifvertrages für die Angestellten im Baugewerbe.

Die Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Reichstarifvertrages für die kaufmännischen Angestellten im Baugewerbe sind abgebrochen, da eine Verständigung, insbesondere über den Zeitungs-Tarif-Vertrag, nicht erzielt werden konnte. Das notwendige Schlichtungsverfahren wird wahrscheinlich mit einem beauftragten Verfahren der technischen Angestellten im Baugewerbe verbunden werden.

Konflikt in der niederrheinischen Seidenindustrie.

Die Arbeiter der niederrheinischen Seidenindustrie haben Lohnzuschüsse von 10–15 Prozent gefordert, die von den Betriebsräten abgelehnt wurden. Die Entscheidung über den Lohnzuschuß liegt jetzt bei dem staatlichen Schlichtungsausschuß. Werden auch dort die Forderungen der Arbeiter abgelehnt, dann sind für die niederrheinische Textilindustrie schwere Kämpfe unvermeidlich. Auch in der Metallindustrie ist mit dem 1. Juni eine erste Lohnzuschüsse eingetreten. Die Metallarbeiter haben die bestehenden Lohnsätze gefordert, um Lohnzuschüsse zu erhalten, die aber von den Unternehmen abgelehnt wurden. Dieses Verhalten ist so merkwürdig, als die Konjunktur der Kölner Metallarbeiter gegenwärtig nicht ungünstig ist. Es fehlt an qualifizierten Facharbeitern; in vielen Betrieben muß mit Überstunden gearbeitet werden. Offenbar ist das Vorgehen der Kölner Metallarbeiter von einem einheitlichen Plan der Unternehmen in der kalten Metallindustrie zurückzuführen, sich gegen jede Lohnzuschüsse mit aller Entschiedenheit zur Wehr zu setzen. Wenn die Unternehmen an diesen Standpunkt festhalten, dürfte auch in allen wichtigen Industriezweigen mit dem baldigen Ausbruch eines schweren Arbeitskampfes zu rechnen sein.

Vor einem Transportarbeiterstreik in Rheinland-Westfalen.

Am 4. Juni (Eigener Drahtbericht) Eine Konferenz aller Arbeiter aller Transportbetriebe, die am Mittwoch in Düsseldorf stattfand, einstimmig den Schiedsgericht für das Rheinisch-westfälische Transport- und Speditions gewerbe vom 1. Mai abzulehnen. Die Organisationsleitungen beider Betriebsgruppen schließen eine Erhöhung des Lohnes, fügt zu einer Zerstörung des Sozialvertrages zu erreichen. Die Gewerkschaften forderten eine Erhöhung des Lohnes, fügt zu einer Zerstörung des Sozialvertrages und Rückführung des Lohnzuschusses auf den 10. Mai. In den Betrieben finden die ersten Verhandlungen über den Einstieg in den Streik statt. Bereits am Sonntag tritt die Streitleitung in Eilen an. Beide Seiten werden im ganzen Nahgebiets Westfalen zufinden, wo die nötigen Anweisungen ausgegeben werden. Damit steht der Streit der Transportarbeiter von Düsseldorf bis Duisburg als unvermeidlich anzusehen zu sein.

Ein Kampfverband der englischen Gewerkschaften in Vorbereitung.

London, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht) Auf Antritt des auf dem linken Flügel der britischen Gewerkschaften stehenden Generalsekretärs des Bergarbeiter-Verbands Coal verhandelten sie am Donnerstag 100 Gewerkschaftsführer, die insgesamt 40 Gewerkschaften und 234 Millionen organisierte Arbeiter der wichtigsten britischen Industrien vertreten. Die Führer der Einvernehmen ist, eine Allianz der wichtigsten Gewerkschaften zu schaffen, um fünfzig Lohnkämpfe, von denen derjenige der Bergarbeiter vorausgeschoben, der nächste ist, gemeinsam zu führen. Der Führer der Chenabauer Thomas sprach keine Zweifel über die Möglichkeit des Funktionierens einer solchen von den Bergarbeitern gemeinsamen Offen- und Defensiv-Allianz aus und erinnerte an den Zusammenbruch des Allianzpolitik des Dreierbandes im Jahre 1921. Auf seine Anregung wurde die Einsetzung eines Komitees zur Beratung des Vorhabens der Bergarbeiter beschlossen.

Die „Arbeiterdemokratie“ in Sowjetrußland.

In den Generalversammlungen der russischen Arbeiter nehmen an der Abstimmung und der Erledigung verschiedener Fragen fünf bis sechs Personen teil, während die übrigen dasen und zugrunde, ohne sich die Mühe zu nehmen, aus nur über gegen zu stimmen. Die Anträge gehen in der Regel vom Vorstand aus, da die Abwesenden Sets den Vorstand damit betrauen. Über die Anträge wird folgendermaßen abgestimmt: Anfangs wird stets gestagt, wer ist gegen? Dagegen stimmt niemand. Über wenn es sich um die Entscheidung sehr ernster Fragen handelt, so stimmen zwei bis drei Personen dagegen. Dann wird die Frage gestellt: Wer ist dafür? Von 150 bis 200 Personen, die anwesend sind, stimmen fünf bis sechs Personen dafür. Nach einer solchen Abstimmung betrachtet der Vorstand den Antrag als durch die Mehrheit angenommen. Wenn jedoch niemand dagegen gestimmt hat, so wird als einstimmig angenommen, sondern der Antrag wird als einstimmig erklärt.

Manchmal wird die Frage noch einfacher entschieden. Ein oder zwei Arbeiter rufen von ihrem Platz aus: „Ich war, der Antrag wird angenommen!“ und des genügt, daß die Frage unter dem Schweigen der ganzen Versammlung erledigt wird. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß die Arbeiter, nachdem in den Generalversammlungen in solcher Weise Beschlüsse über Lohnzuschüsse für „die Woche der Mutter und des Kindes“, für die „Rote Hilfe“ u. a. angenommen werden, sich später in Gruppen versammeln und heftig gegen alle diese „Wochen“ schimpfen, die ihnen ohnehin dürfte Lohn verringern.

So wird die „Arbeiterdemokratie“ in Sowjetrußland nicht etwa von „sozialverträglichen“ Menschen, sondern von reinblütigen Kommunisten in Nr. 28 des Blattes „Kommuna“ vom 4. Februar d. J. geschildert.

Ausgeschiedene Schädlinge.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß die Hilfsarbeiter Joachim Kühl, Buchnummer 4547, Tautenstrasse 180, und Paul Laibig, Buchnummer 838613, Ostalbahn aus unserer Organisation ausgeschieden sind. Beide sind einem Auszugsantrag zuvorgeladen. Joachim Kühl aus dem Grunde, weil er über die normale Arbeitszeit hinaus täglich und auch Sonntags an einer anderen Bankette, als der ihm zustehenden arbeitete und auch trotz Eingreifens der Organisationsleitung das nicht unterließ. Paul Laibig, weil er schon weit über die schwungsgemäße Anzahl von Marken hinaus war und nach Angabe des Hilfsarbeiter die diesen angriff. Beide Kollegen haben somit die Rechte von Verbandsmitgliedern verloren.

Birtschaft.

Warum Kartellstelle?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, eine Kartellstelle zu errichten. Sie hat mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichstagsgeordneten Genossen Kratzl beauftragt. Welche Gründe führen zu dem Beschluss und welche Aufgaben soll die Kartellstelle erfüllen.

Der Hauptgrund für die Errichtung der Kartellstelle ist die Notwendigkeit, die Reichstagsfraktion fortlaufend über Vorgänge im Wirtschaftsleben, die durch den Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellung hervorgerufen werden, zu informieren. Es ist das eigentliche Bestreben des Reichsverbandes der deutschen Industrie und aller ihm angehörenden Handelskammern, das Kartellsektor der Kartelle möglichst zu verschleiern, um eine öffentliche Meinung gegen die Kartellstelle entstecken zu lassen. Die Beauftragten des Reichsverbandes der deutschen Industrie, zu denen man in der hier behandelten Frage auch die Handelskammern zählen kann, befinden sich in der letzten Zeit die größte Mühe, den Missbrauch der Kartellgewalt als im starken Maße begründet zu erhellen und der Öffentlichkeit einzureden, daß der zunehmende Konkurrenzkampf sehr bald mit den Resten dieses Missbrauchs ausgeräumt haben werde. Gleichzeitig aber sind andere Kräfte tätig, um für die ungarnde Wirtschaft der Kartellsektor Anwendungsfaktoren zu finden, gegen die mit der Kartellordnung nichts gemacht werden kann.

Das Hauptkampfmittel der Kartelle ist die Spezies. Für die Anwendung dieses Kampfmittels häufig früher z. B. das Fabrikanten-Kartell mit dem Kartell des Großhandels einen sogenannten Exporttarifvertrag ab, in dem man sich gegenseitig verpflichtete, mäßige Konkurrenz unter Waren- oder Kundenpreise zu stellen, um sie wirtschaftlich wiederzurichten. Diese Form der Spezies wurde heute weniger angewandt, weil wir mit der Kartellverordnung entgegengetreten werden kann. Es ist aber falsch, daraus zu folgern, daß nun die Waren- oder Kundenpreise ganz nachgelassen hätte. Das Gegenteil ist richtig. Kein anderer als der Reichsminister für Wirtschaftsordnung Herr Dr. S. Tschiersche schreibt im Januar-Februarheft 1925 der „Kartell-Kundgebung“, daß die Spezies als Waffe der wirtschaftlichen Organisationskampfe mit der Unterordnung der Wirtschaft und der Verkehrsleitung der Organisationsleiter an Bedeutung und Stärke zunähme, um die Kundenpreise gegenwärtig in der unghenreiten Weise betreiben. Nur die Form der Anwendung der Spezies hat sich geändert.

Herr Dr. Tschiersche legt in dem schon erwähnten Heft der „Kartell-Kundgebung“ u. a.: „Von der einfachen Waren- oder Kundenpreise sind die Speziesform zu einem vielseitig sehr verwendeten und nicht so logistisch funktionierenden System der Kartellverordnung übergegangen.“ Dieses rottinierte Speziesystem besteht darin, daß es sich nicht mehr gegen andere bestehende Kunden wehren kann, sondern gegen allgemeine Kunden, die auf dem Markt auftragen.

Wie die „Wochenschrift Zeitung“ erläutert, wird das offizielle Kaufmännischen Kartell sich der am 1. Mai beim mittleren Kaufmannskonsortium aufgeständerten Preisschaltung (es kommt hier wieder um das Interessentreffen der höheren Wirtschaft) nicht entziehen, sondern erfüllt wie ursprünglich die 1. Mai die Lohnzuschüsse. Die Kaufmännischen Konsortien werden wieder zu markieren und die Kaufmännischen Konsortien werden wieder zu markieren, was jedoch ebenfalls auf einen Verlust der Kaufmännischen Konsortien hindeutet.

braucht 2 Prozent. Zu den Verbrauchern zählt man dann die Einzelhändler der Grossenketten, die durch die Spezies der Markt differenzierung gegenüber dem Großhandel immer geschädigt werden. Es gibt eine ganze Anzahl jüngerer Speziesarten. Sie werden gerade gegenwärtig sehr stark angewandt. Den Zentralen der beiden größten Verbände deutscher Konsumvereine, der GEK und denjenigen der östlichen Konsumvereine werden gegenwärtig eine große Anzahl wichtiger Waren auf diese Weise gehandelt. Ebenso den zahlreichen Einzelhändlern der Handwerker-Grossenketten.

Diese Tatsache veranlaßte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Kartellstelle zu errichten: Wir dürfen das widerliche Wirken der Kartelle nicht mehr unter Ausblush der Öffentlichkeit wirken lassen, sondern müssen es hören, wo wir nur können. Deshalb müssen der Fraktion natürlich auch die Fälle bekannt werden und darum ist die Verleihung einer Abdruck von allen Schriften, die in Kartellstücken abgedruckt oder empfohlen werden, erforderlich. In den wenigen Tagen ihres Bestehens ist bei der Kartellstelle schon sehr wertvolles neues Material eingelaufen, erstaunlicherweise auch aus den Kreisen der Handwerker-Grossenketten und des gewerblichen Mittelpunktes.

Freilich, zu einer Beratungs- oder gar Rechtsauskunftsstelle kann die Kartellstelle nicht entmietet werden. Das ist nicht Aufgabe der Reichstagsfraktion. Die Kartellstelle kann nur dem parlamentarischen Kampf dienen und sie wird natürlich die Öffentlichkeit über die Missbräuche der Kartellgewalt informieren. Das hat bisher gefehlt. Wenn man aus der Wirtschaft heraus die Kartellstelle immer sofort über die Terrorakt unterrichtet, so wird es kein Reichsministerium mehr wie bisher mögliche sein, sich gegen all diese Missbräuche blind und taub zu stellen.

Eine unvollständige Denkschrift.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat verbreitete in diesen Tagen eine sehr umfangreiche Denkschrift zum Schutzpolizei-Land. In derselben wird nochmals an Hand zahlreicher Tabellen und graphischer Darstellungen nachgewiesen, daß der Stand der landwirtschaftlichen Erzeugung ein sehr ungünstiger sei und es dringend notwendig erscheinen sollte, der Landwirtschaft endlich die oft verlangten Agrarzölle zu verschaffen.

Die Denkschrift enthält fraglos manchen interessanten Fingerzeig. Man könnte sie als einen beachtenswerten Beitrag zur Sozialliteratur bewerten, wenn man nicht eine sehr erhebliche Unvollständigkeit finden würde. Auf einer Seite des 184-seitigen Werkes wird nämlich auch nur mit einem einzigen Wort auf das Lohnproblem in der Landwirtschaft eingegangen. Man sucht vergeblich nach einer Wegenüberstellung, die uns darüber aufklärt, in welcher Weise das Produktionsleistung in der Vorriegszeit und Gegenwart von den Lohnzahlungen belastet wurde und wird. Es handelt sich hierbei um denselben Lebhaftstand, der auch aus den monatlichen Übersichten der Preußischen Landwirtschaftskammer über die Preise landwirtschaftlicher Produktionsmittel und Erzeugnisse hervorgeht.

Mit einer Handbewegung und mit einem Hinweis auf die geringe Bedeutung der Lohnzahlungen für das Produktionsleistung, läßt sich die Unvollständigkeit der Denkschrift nicht entkräften. Nach Erklärungen, die aus dem Munde landwirtschaftlicher Arbeitgeber stammen, und gelegentlich zum Zwecke der Juristumeinung von Lohnforderungen abgegeben wurden, belasten die Lohnzahlungen das Produktionsleistung in der Landwirtschaft mindestens zu 30 Prozent, das heißt, in einer Weise, die sehr wohl beachtenswert erscheint. Nach unserer Überzeugung ist das sehr wahrscheinlich. Auf einer Seite des 184-seitigen Werkes wird nämlich auch nur mit einem einzigen Wort auf das Lohnproblem in der Landwirtschaft eingegangen. Man sucht vergeblich nach einer Wegenüberstellung, die uns darüber aufklärt, in welcher Weise das Produktionsleistung in der Vorriegszeit und Gegenwart von den Lohnzahlungen belastet wurde und wird. Es handelt sich hierbei um denselben Lebhaftstand, der auch aus den monatlichen Übersichten der Preußischen Landwirtschaftskammer über die Preise landwirtschaftlicher Produktionsmittel und Erzeugnisse hervorgeht.

Mit einer Handbewegung und mit einem Hinweis auf die geringe Bedeutung der Lohnzahlungen für das Produktionsleistung, läßt sich die Unvollständigkeit der Denkschrift nicht entkräften. Nach Erklärungen, die aus dem Munde landwirtschaftlicher Arbeitgeber stammen, und gelegentlich zum Zwecke der Juristumeinung von Lohnforderungen abgegeben wurden, belasten die Lohnzahlungen das Produktionsleistung in der Landwirtschaft mindestens zu 30 Prozent, das heißt, in einer Weise, die sehr wohl beachtenswert erscheint. Nach unserer Überzeugung ist das sehr wahrscheinlich. Auf einer Seite des 184-seitigen Werkes wird nämlich auch nur mit einem einzigen Wort auf das Lohnproblem in der Landwirtschaft eingegangen. Man will die für die Interessen der Landwirtschaft sprechende Beweisführung nicht fördern durch das Eingeständnis, daß dieselben, soweit das Lohnproblem in Frage kommt gegen früher sehr im Vorteil sind. Es liegt eine gewisse Scheu vor, einzugehen, daß sich die Landarbeiter nach immer mit einem Lohn zu zufrieden geben müssen, der hinter den Lohnziffern zurücksteckt, in ein Dr. Asmus und ein Freiherr von Wangenheim für die Vorriegszeit erwähnen.

Gegen eine solche Einstellung muß entschieden Front gemacht werden.

Von einer Institution, wie dem Deutschen Landwirtschaftsrat, ist zu verlangen, daß er Veröffentlichungen herausgibt,

die nach jeder Richtung hin der Kritik standhalten. Kann er das nicht, und das hat er zum Teil mit der vorliegenden Denkschrift bewiesen, muß er es sich gefallen lassen, wenn keine Arbeiten nur mit Geringfügigkeit aufgenommen werden.

Der Stinnes-Konzern in Norden.

Nach den Pünktiererlagen tauchten im Anschluß an den bekannten Personenschwund im Stinnes-Konzern Gerüchte auf, die von Schwierigkeiten wissen wollten. In gewissen Kreisen wurde sogar das Gerücht verbreitet, daß das Ausscheiden von Dr. Stinnes und Stinnes eine Folge der finanziellen Entwicklung sei und daß sich der Konzern finanziell so gefangen habe, daß geradezu eine Sammlung notwendig geworden sei. Diese Gerüchte wurden bis jetzt allgemein skeptisch aufgenommen. Die Reaktion teilt auf Anfrage mit, daß die Entwicklung wäre noch nicht so weit gediehen, daß eine nähere Meldung opportun erscheine. Wie wir weiter erfahren, hat der Stinnes-Konzern seit einigen Tagen seine so oft großzügigen Geschäftsmethoden erheblich korrigiert. So ist in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ein erheblicher Teil der Redakteure möglich entlassen worden. Auch merkt man, daß sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wesentlich eifriger auf das Interessengebiet wendet, was gewisse Schlüsse auf den finanziellen Stand des Stinnes-Konzerns zuläßt, die auch ihren früher oft sehr großen Umfang wesentlich eingeschränkt hat.

Der „Kölischen Zeitung“ zufolge hat die Stinnes-Kammern durch Vermittelung der Reichsbank mit anderen Großbanken wegen Kreditnahmen Verhandlungen eingeleitet. Wie die „Kölische Zeitung“ erfuhr, handelt es sich bei den in ostdeutschland zusammengeführten Großbanken um die Darmstädter und Nationalbank, die Disconto-Gesellschaft und die Deutsche Bank.

In den Aufsichtsrat der A.G. Hugo Stinnes für Schiffs- und Werftbetrieb, in der die wesentlichen Interessen der Firma Hugo Stinnes vereinigt sind, treten die Freunde des verstorbenen Stinnes, die Herren Dr. Bödler, Wittorf und Dr. Silberberg.

Preiserhöhung für Braunkohle.

Wie die „Wochenschrift Zeitung“ erläutert, wird das offizielle Braunkohlenkartell sich der am 1. Mai beim mittleren Kaufmannskonsortium aufgeständerten Preisschaltung (es kommt hier wieder um das Interessentreffen der höheren Wirtschaft) nicht entziehen, sondern erfüllt wie ursprünglich die 1. Mai die Lohnzuschüsse. Die Kaufmännischen Konsortien werden wieder zu markieren und die Kaufmännischen Konsortien werden wieder zu markieren, was jedoch ebenfalls auf einen Verlust der Kaufmännischen Konsortien hindeutet.

Wiederholung auf dem Braunkohlen-Markt.

Sind den Kaufmännischen bei einer der Käufe bei der Braunkohlen-Konsortien, der Braunkohlen-Konsortien, der Braunkohlen

Für die Frauen

Grauen, rotet eure Rechte!

(Zur drohenden Bedrohung weiblicher Rechten.)

Von Adele Schreiber.

Die Entziehung der Frau gehört zum Glaubensbekenntnis einer gewissen schwärzehelichten Männlichkeit, deren Ideal vom Mannesum unterdrückt verknüpft ist mit Kastration, Leuteschänden, Schnauzen, Paulen, Schmäßen, Alkohol und körperlicher Aufzehrung von "Weibern". Diese Helden lieben die Masterade. Die Masse "Faterlandsliebe" vorhüllt die an Verbrennen grenzende Hebe gegen Evidenzkunde, die Masse "Religion" rechtfertigt jeden Profit, jede Ausbeutung, die Masse "Achtung vor den Frau und weiblicher Schönhaftigkeit" dient der ungeliebten Erhaltung all jener Prostitution, die weibliche Rechtlosigkeit zum Besten des "herrenmenschlichen" werden will: gebildige Hausfrauen, Prugsägen, Geschlechtsklarinnen, manigfachster Art.

Unmittelbar nach dem Umsturz fügten sich selbst die teuflischen Männer auch der veränderten Stellung der Frau. Innerlich schamlos rückt über den verlorenen Nimbus männlicher Überlegenheit, umward man die neue politische Macht für den Dienst der Reaction und — und die blind Gediebenen gingen ins Rek. Der Ausgang der letzten Präsidentenwahl hat zur Gewissheit bewiesen, in welchem Umfang! Nicht einmal die höhere Ausbildung, in ihrer alle Rechtlosigkeit zurückführen zu müssen, öffnet ihnen die Augen.

Das kleine Wörtchen "grundätzlich", das von den Rechtsparteien in den Artikel 109 der Reichsverfassung hineingezwungen wurde, ("Männer und Frauen haben grundätzlich dieselben staatsbürglerlichen Rechte und Pflichten") wird ja als wunderbar auslegungsfähig erweisen, um alles Erungenen nach Rücktritt zu revidieren. Wir haben allerhand zu erwarten von der "grundästhetischen" Gleichberechtigung, "wie sie sic verzehren".

Ein Vorboten am Landgericht Berlin I eröffnet jedoch den Ausblick auf Bekämpfung der eben erst errungenen Mitwirkung der Frau im Schaffen, Geschworenen- und Richteramt.

Der Vorgang ist folgender: Bei der Berufungsverhandlung in einem Prozeß wegen Herstellung und Verbreitung unzüglicher Bilder und Schriften hat der Verteidiger des Angeklagten gegen den Reichsgerichtshof angehörende Schöma Sicherheitsprüfung erheben. Obwohl der vorzügende Landgerichtsdirektor auf die gelegte Gleichberechtigung des Frau hinwies, die auch für ihre Eigenart als Schöma geltet, obwohl er betonte, daß eine Unterscheidung dem Gesetz widersprach würde, hat das Gericht die Behauptung der Verteidigung guter lassen, nach der die Frau als Beifahrerin in Prozeßwagen wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit grundätzlich absiechnen sei, weil sie durch Ihre Erziehung und ihre Auffassung eine einseitig betonte Einstellung haben müsse. Das Gericht hat weiter als bestreift anerkannt, daß die Mitwirkung einer Frau am Gesetzschaffens bei bestätigten Prozessen eine Belästigung der Verteidigung bedeute, denn das natürliche Schamgefühl würde den Prozeßverteidigen, in Gegenwart einer Frau am Richtertisch gewisse notwendig erscheinende Fragen mit voller Klarheit zu stellen und zu erörtern.

Dringt dieser Standpunkt allgemein durch, dann sind die Frauen von der Bekämpfung an der Rechtpredigung wieder ausgeschlossen. Die vom Verteidiger ins Tiefen geführte "Schöma-Schame", das das Gericht aufgetragen hat, kennen wir als uralté Sünde. Sie fand auch im Reichstag von 1920 bis 1924 und wurde dort gründlich von weiblichen Abgeordneten zerstört mit dem Erfolg der nötigen Zulassung der Frauen zur Rechtpflege. Die rückende Angst um die Sittlichkeit reifer Frauen wie sie jetzt im Hinblick auf Schöma, Geschworene, Richter und Rechtsanwälte ins Tiefen geführt wird, befandete sich auch damals vor Jüngern, als es galt, den Einbringen der Frau in den ersten Beruf zu verbieten, abwohl Krankenpflegerinnen freis mit den alltäglichen körperlichen Leidern in Berührung kommen, sie auch bei Männern pflegen durften.

Das merkwürdige "Sittlichkeitsempfinden" der Reaktionäre mündet nun nicht gegen die Tugenden der schweren sittlichen Schönen an sich, nicht gegen die Zukunft, was deren Prostitution, Fortpflanzung, sexuelle Delikte herangegeben, — sondern dagegen, daß endlich die Frau ihr keineres und schöneres Gefühl in der Beurteilung dieser Dinge anmaßgebender Stelle geltend machen kann.

Endlich hören die moralische Ungeheuerlichkeit überwunden, die Frauen zwang, die infantilen, Matern und Frau betreffenden Vorgänge, also auch Ehebrüche- und Scheidungsangelegenheiten, Kindesmord, Abtreibung, Toxizum, Blutschande, sei einem ausdrücklich männlichen Reichsgericht vorzudestellen, Männern das alleinige Urteil zu überlassen. Sehn und Sehzt etwa keine Hemmung durch Scheuhaftigkeit, wenn Frauen vor Gericht sitzen bis in die letzten Sekunden vor Männern keulisch entblößt müssen?

Heinrich, in Wahrheit fürchten jetzt die Frau als Richterin, denen die bekannte alte heuchlerische Masse "Före" als Modell jeder Moralität erkennt. Prinzipiell ist die Schulungnahme zu unzüglichen Bildern und Schriften repetitive Praxis, insoweit Bilder und Schriften zusammen als "unzüglich" angesehen sind, keine Praxis des Geschlechts, sondern einer Bildung, der geistigen Entwicklung, des kindlichen Verständnisses. Wer haben Männer und Frauen gemeint im Kampf gegen Schönheit — für fänkularische Freiheit, gegen jedenellen, auf welche Sühnfeste peinigenderden Handel — für unversäumtes Auswirken dieser, malerischer, schilderzeichnerischer Freizeit, lieblicher, häuslicher Schönheit, erhabener Würde?!

Das zur Bedeutung des Sozialen halte, die Verteidiger hat in überzeugendem Vermögen es nicht verstanden, die Sache seiner Mandanten durch hoch erkenntnische Argumente zu klären, der Prozess des Geschlechts, richtig empfunden, wird diesen Gedanken eines Verteidigers nicht ohne viel Schwung beiseite legen. Doch aber die Geschworenen des Bundesgerichts in diesen Argumenten festigten und so ein ungemeines Beispiel war, darin liegt eine Gefahr, die sofortige Abschaffung einzusehen.

Frauen, protestiert! Rettet eure Rechte! Gibt auf der Welt! Schlimm im Interesse eines Schamgefühls die einzigartige männliche Gesellschaft! Haltet die Wahrheit entzogenen Rechts fest, wo immer man sie entzieht. Was hier geschieht, ist nur ein Glücksfall allerweiter einzigartiges Rechtssystem der Weimarer Republik, die Elternschaft am Ende zu gestoppt werden soll, weil ja die Schamgefühle eines weisen Deutschen ist. Wenn der Schamgefühl nicht Rechtshaberei, kann in der Mutter der Schamgefühle — sage ich ja — nicht sein!

Gewerkschaft-Erziehung im Kindergarten.

Es ist das unbestreitbare Bedürfnis der weiblichen Gewerkschaft Dr. Maria Montessori, die Erziehung der Kindergärtnerinnen Kinder gleichzeitig mit Schule und Familie weiterzuführen zu haben. Diese Kinder sind nicht mehrfach zu allen drei Erziehungsformen zu fordern, aber ihre Zukunft verlangt

Selbst ist die Frau

AUS DER MODENSCHAU DER „FRAUENWELT“



Tanzkleider für Jungmädchen

F. 3094 Tanz- und Wanderkleid für junge Mädchen mit weißer Unterziehbluse.

F. 3095 Tanz- und Wanderkleid, einfache, gerade Kimonoform, auf der Schürze und im Gürtel durch Holzperlen geraut.

F. 3096 Einfaches, weißes Hemdkleid, mit farbigem gesticktem Leibchen.



Sportkleider

F. 3091 Sportanzug aus langer Bluse und Faltenrock.

F. 3092 Sportanzug, Sweater mit gestreiftem Besatz und vorn geteilter Rock.

F. 3093 Sportkleid aus farbigem Froté, vorn verschnürt, mit aufgesetzten Taschenteilen.

E-Schnitte, Größe 44 für die Sportkleider, Größe 42 für die Tanzkleider 90 Pf.



Knabenwäsche

F. 4000 Leibchenunterhose, 2—4, 4—6 Jahre. F. 4001 Sporthemd, 8 bis 10, 10—12 Jahre. F. 4002 Unterhose, 8—10, 10—12 Jahre. F. 4004 Längemeld mit langen Ärmeln und Bändern, 10—12, 12—14 Jahre. F. 4005 Hemdhose mit Vorderschlupf, 4—6, 6—8 Jahre. F. 4006 Nachthemd mit farbigem Besatz, 6—8, 8—10 Jahre.

Mädchenwäsche

F. 4007 Einfaches Nachthemd, Kimonoform mit Bandzug, 8—10, 10—12 Jahre. F. 4008 Nachthemd mit langen Ärmeln und Kragen, 10—12, 12—14 Jahre. F. 4009 Einfaches Leibchen, 4—6, 6—8, 8—10 Jahre. F. 4010 Einfaches Taghemd mit Hohnahblende, 8 bis 10, 10—12 Jahre. F. 4012 Einfaches Taghemd mit Passe und Langketten, 10—12, 12—14 Jahre. F. 4013 Einfaches Taghemd mit Trägen und schmalen Büschen, 12—14 Jahre. F. 4009 Bekleidung, geschlossen, mit Langkettenabschluß, 4—6, 6—8, 8—10 Jahre. F. 4014 Reformbekleidung, 8—10, 10—12 Jahre. F. 4015 Einfaches Unterkleid zum Schlüpfen mit Schnürzug, 10—12 Jahre.

E-Schnitte in den angegebenen Größen 60 Pfennig.

Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswacht“ in Breslau oder den Verlag der „Frauenwelt“ J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3

gewissermaßen nach Umstiegung in die Regie, und es muß angestrebt werden, die Eigentümer ihres Erziehungsvermöses auf allen Seminaren, die z. T. noch stattfinden und ähnlichlich ihrer Lehrmeister, im Schulungsprogramm aufzunehmen.

Das lohnt hier interessanter, wie die Erziehung der Siane, insbesondere die der Siane von Dr. Maria Montessori mit ihren Kindergartenideen der sich stellt. Sie arbeitet mit leichter gezeichnetem Material: wei, Kreide, gestreift, vierfarbig, schattig, sonstige Farbe, ferner mit Stoffbahnen in den verschiedenen Farben und mit einsichtig und leichter fühlbaren Mollhölzern. Mit diesem Material unterrichtet sie die Kinder in den Farben und erzieht sie zum Zeichnen. Sie wählt acht Farben; jede Farbe ist wiederum in acht Schattierungen vorhanden, so daß sie insgesamt 64 verschiedene Farbenreihen erarbeitet. Die acht Farben sind: Weiß (von grau bis weiß), rot orange, gelb, grün, blau, violett, braun.

Es werden nun z. B. drei Leibchen keine Farben ausgewählt und auf den Tisch gelegt. Das aus das Kind das Duplikat aus den vor ihm verdeckten Farben ausmachen. Später werden die Gruppen von weiter verdeckten Farben, z. B. blau und violet, gelb und orange, aufeinandergestellt. Die Kinder erkennen sehr leicht eine Farbe im Motiv der verschleierten Schattierungen.

Das ist natürlich in einem sehr trefflich geleiteten Kindergarten ein sehr schönes Fundament zu: die Lehrerin hatte auf jeden Fall ein System geplant, denn letzteres zu kaufen. Die Kinder lernen die Farben leichter zu unterscheiden, wie verdeckten die gleichzeitigen Kinder ihre Motive lösen, manche Farben erkennt andere sicher überflüssig, und einige sehen kaum auf ihre Schattierungen. In einem anderen Kindergarten, der z. B. ganz anders arbeitet, werden den Kindern nur diese Farben gezeigt, denen letztere die Farben lehren. Die absolute Überlegenheit dieser letzten Methode ist eindeutig, ein ganzes Kindergarten kann die Kinder, die nicht farben können, dazu bringen, eine Farbe zu erkennen, das einzige Kind untersagt. Das Kind will selber lernen, will leichter erlernen, es wird großzügig, wenn es als Nachkommend „sofortig“ nach der Vorbereitung ihrer Kleidung verholfen werden. Die Kinder, die überzeugt sind, daß sie leichter lernen, die jetzt zum Lehramm seit 15 Jahren nicht einer Farbe, und zwar in der Aufzehrung von Robert und Bettina, in Weimar als „Kunstdele“ auftritt, stellt den reformierten Kleidungsstil. Die meisten Kleidungsstücke sind aus hochwertigen Materialien und aus der Zeitigung „Das Jahr“ gekauft.

Spielstische und ebensolche Bänke, sowie Stühle in dauerhaftem Format herstellen, die zu kleinen Familiengruppen zusammengefügt werden. Damit kommt das Einzelkind zu seinem Recht, das hat daher sein Stühlein, seinen Platz, also auch im Kindergarten. Um die Einzelfamilie auch äußerlich zu kennzeichnen, ist jede Gruppe in einer lebhaften bunten Farbe gestrichen, und allgemeinlich zieht die „Familie“ in eine andere „Farbe“. Mit diesem Vergnügen — für ein Kind wird je alles ein „Teil“, ob es in der Präge piastisch oder sich in einen andersfarbigen Stuhl setzt — verbindet sich zugleich eine Erziehung zur Wahrnehmung von Farbenunterschieden.

Um die Pflege des Farbensternes fehlt es leider in vielen Kindergärten noch recht triste aus. Schon die grauen, vielzahligen Kleidungsstücke oder mit Bändern „geschmückten“ Wände, bei denen die lern- und wissbegierigen Kinder nichts denken können, lassen die Einführung der Weißeländerbänder geboten. Eine geschickte Lehrerin fertigt sie selber an und gestaltet den wöchentlichen Wechsel zu einem kleinen Fest. Farbenfest ist ungern gefeiert, drückt bedrückend.

Alljährlich müssen die Kleinkinderschulen aussöhnen, lebhaft und sich umstellen zu Erziehungs möglichkeiten, die auch den Kindern der Karmelit das geben, was die Kleinkindergarten in größerem Maße bieten. Um das zu ermöglichen, müssen sich wieder freiwillige Helferinnen in größerer Zahl bereit finden, den Lehrerinnen zur Hand zu gehen, wie dies in einigen Orten in ganz vorbildlicher Weise geschieht.

Schreiber Lydia Kuchland.

Ein Fürsorgegewerk für entlassene weibliche Strafgefangene

hat die bekannte Schauspielerin Hedwig Mangold in Berlin ihr Leben gerettet. Die heutige Mangold-Hilfe hat die Aufgabe, ein mütterliches Heim für jugendliche weibliche Strafgefangene zu schaffen, verbunden mit einer Ausbildung und Arbeitsstätte für Schneiderinnen, die nach Abschluß der zweiten Beauftragung ihrer Kleidung verholfen werden. Kleidungsstücke, die jetzt zum Lehramm seit 15 Jahren nicht einer Farbe, und zwar in der Aufzehrung von Robert und Bettina, in Weimar als „Kunstdele“ auftritt, stellt den reformierten Kleidungsstil. Die meisten Kleidungsstücke sind aus hochwertigen Materialien und aus der Zeitigung „Das Jahr“ gekauft.